

Freie Presse

Freitag, 17. August 2018

CHEMNITZER ZEITUNG

Einzelpreis 1,20 Euro

LOKALES

CHEMNITZ

Kamera-Einsatz auf Bewährung

Bei der Videoüberwachung in der Innenstadt schließt Bürgermeister Miko Runkel eine Kehrtwende nicht aus. Sollten die neuen Anlagen nicht mehr Sicherheit bringen, könnten sie wieder abgebaut werden, sagte er. (micm) **Seite 9**

LICHTENAU

Munitionsfund – Wald gesperrt

Die Gemeinde Lichtenau hat einen 22 Hektar großen Wald in Auerswalde gesperrt, weil dort Munition gefunden wurde. Für Bewohner einer benachbarten Siedlung kommt das nicht ganz überraschend. (lumm) **Seite 14**

ANZEIGE

LOTTO 6 aus 49

DIESEN SAMSTAG

16 Mio. €*

im JACKPOT

* In Klasse 1 – Summe gerundet – Gewinnchance rd. 1:140 Mio. Teilnahme ab 18 Jahren. Gewinnverteilungswahl spielen. Glücksspiel kann süchtig machen.

LOTTO

SACHSENLOTTO

3942987-10-1

IN DIESER AUSGABE

Sachsen Taktik oder Einsicht? Freistaat reicht den Kommunen die Hand.

Politik Sachsens Landtag entscheidet über Verteilung von 41 Milliarden Euro

Sport Frauenmannschaft des FCE startet in die Fußball-Regionalliga.



FOTO: ANDY MARTIN/R. J.P.A.

Respect!

Soulsängerin Aretha Franklin, eine der bedeutendsten Musikerinnen unserer Zeit, ist tot: Die 76-Jährige starb gestern an Krebs. Im Kulturteil lesen Sie, wie die Diva mit zahllosen Hits die vergangenen Jahrzehnte prägte.

WETTER VOR ORT

6 Uhr	10 Uhr	14 Uhr	18 Uhr
20°	26°	28°	22°
Morgen		Übermorgen	
22°	17°	27°	14°

Ausführliches Wetter: Rat & Leben



Die Zeitung fürs Smartphone: www.freiepresse.de/fp-news



FOTO: WILFRIED NEUBER

Einmarsch aus dem Erzgebirge

Vor 50 Jahren beendeten Panzer des Warschauer Pakts den Prager Frühling. Eine kurze Phase der Freiheit in der Tschechoslowakei ging gewaltsam zu Ende. Sachsen wurde zum Aufmarschgebiet für Okkupationstruppen, die am 21. August 1968 in einer Blitzaktion über das Erzgebirge ins Nachbarland einfielen – im Bild ein sowjetischer Panzer bei Olbernhau. Unsere heutige Wochenendbeilage haben wir diesem weltgeschichtlichen Ereignis aus sächsischer Perspektive gewidmet.

Gesetz soll Fachkräften Zuzug nach Deutschland erleichtern

Innenminister Seehofer legt Eckpunkte für ein Einwanderungsgesetz vor. Der Wechsel bestimmter Asylbewerber in ein Zuwanderungsverfahren ist nicht vorgesehen.

VON THOMAS LANIG

BERLIN – Nach jahrelangem Streit um ein Zuwanderungsgesetz hat Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) jetzt Eckpunkte für eine gesetzliche Regelung erarbeitet. Damit will die Bundesregierung, wie im Koalitionsvertrag beschlossen, qualifizierten ausländischen Fachkräften den Zuzug nach Deutschland erleichtern, wie das „Handelsblatt“ gestern berichtete. Eine endgültige Einigung in der Großen Koalition steht aber noch aus.

Kriterien für die Einwanderung sollen dem Bericht zufolge die Qualifikation, das Alter, Sprachkenntnisse, der Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzangebots und die Sicherung des Lebensunterhalts sein. Im Zentrum stünden nicht die Hochschulabsolventen, sondern Einwanderer mit Berufsausbildung. Die Regierung bestehe künftig nicht mehr auf der umstrittenen Bevorzugung einheimischer Bewerber bei der Besetzung offener Stellen. „Wir verzichten im Grundsatz auf die Vorrangprüfung“, heißt es in dem Papier – und zwar nicht nur in den von der Bundesagentur für Arbeit definierten Berufen, in denen Fachkräftemangel herrscht.

Wenn kein Arbeitsplatz nachgewiesen werden kann, will die Bundesregierung dem Blatt zufolge auch beruflich Qualifizierten die befristete Einreise zur Jobsuche erlauben. Ein Bezug von Sozialleistungen in dieser Zeit wird aber ausgeschlossen. Damit kommt Seehofer einer

Forderung von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) nach, der die befristete Einreise zur Jobsuche in der Pflegebranche ins Spiel gebracht hatte. Ein Punktesystem, wie es die SPD 2016 in einem eigenen Gesetzentwurf vorgeschlagen hatte, werde nicht erwähnt. Das Papier sei bereits mit dem Wirtschafts- und dem Arbeitsministerium abgestimmt und solle schnellstmöglich im Kabinettsrat beraten werden, berichtet das „Handelsblatt“. Ein Sprecher des Innenministeriums betonte allerdings, es handle sich „noch nicht um eine endabgestimmte Version“.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil bestätigte dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, Innen-, Wirtschafts- und Arbeitsministerium hätten sich auf Eckpunkte geeinigt. Er forderte großzügige Regelungen für Ausländer, die in Deutschland kein dauerhaftes Bleiberecht haben. „Wir müssen schauen, dass wir uns nicht aus ideologischen Gründen selbst ein Bein stellen und die Fal-

schen wieder zurückschicken.“ Dem „Handelsblatt“ zufolge gibt es in dem Entwurf aber keine Erwähnung des derzeit heftig diskutierten Wechsels vom Asylsystem in den Arbeitsmarkt.

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) hatte sich dafür ausgesprochen, auch abgelehnten Asylbewerbern durch das Zuwanderungsgesetz Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu verschaffen, wenn sie integriert seien und eine Ausbildung abgeschlossen hätten.

Unionsfraktionschef Volker Kauder hält allerdings wenig davon, den sogenannten Spurwechsel stärker zu erlauben. Es gebe schon heute Einzelfälle, in denen das möglich sei. Eine Ausweitung würde „neue Anreize für Menschen schaffen, es doch zu versuchen, nach Deutschland zu kommen, ohne dass sie verfolgt sind“. Trotz massiver Kritik verteidigte Günther seinen Vorstoß. (dpa/fp) **Seite 6: Bericht**

Merkel: Bund hilft bei Rückführung

Kanzlerin sichert Ländern Hilfe zu

DRESDEN – Der Bund will mehr Verantwortung bei der Rückführung abgelehnter Asylbewerber übernehmen. Das sicherte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gestern nach einem Gespräch mit der sächsischen CDU-Landtagsfraktion in Dresden wiederholt zu. „Gerade die Beschaffung von Papieren ist für eine Landesregierung etwas, womit wir sie nicht alleinlassen dürfen“, sagte Merkel.

Die Kanzlerin war am Nachmittag nach Sachsen gekommen und hatte zunächst gemeinsam mit Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) ein Maschinenbau-Unternehmen in der Oberlausitz besucht, bevor beide nach Dresden zur Landtagsfraktion aufbrachen. Vor dem Landtag gab es Proteste gegen die Kanzlerin, zu denen die AfD und Pegida aufgerufen hatten. Rund 300 Menschen beteiligten sich daran. Merkel betonte angesichts der Demonstrationen, dass die CDU weiterhin als „konstruktive Kraft“ auftreten müsse, die Probleme lösen wolle. (kok/tz) **Seite 5: Bericht**

Das Spaghetti-Rätsel

Warum man eine Nudel erst würgen muss, bevor man sie auseinanderbricht

In einem kleinen Spaghetto wohnt ein großes Problem. Die schlankste unter Italiens Pastaformen, rund einen Millimeter dick und etwa 25 Zentimeter lang, lässt sich zwar leicht zerbrechen, wenn man ihre beiden Enden zwischen die Finger nimmt. Aber in exakt zwei Teile – das funktioniert so einfach nicht.

Selbst ein Physiker wie Richard Feynman (1918-1988) ist daran gescheitert, das Phänomen zu erklären, dass die lange, ungekochte Nudel beim Bruch stets in mehrere Teile zerfällt. Eine Nacht lang hat der spätere Nobelpreisträger als junger Kerl mit einem Spaghetto nach dem anderen herumexperimentiert, um das Rätsel der unhalbbaren Pasta

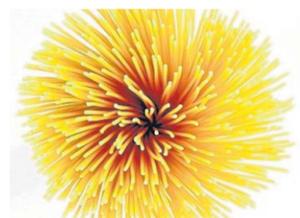
zu lösen. Das einzig sinnvoll wertbare Ergebnis: Nudelsalat.

Der Spaghetto ist in der Mehrzahl als Spaghetti – zu deutsch: Schnürchen – bei Kindern sehr beliebt. Werkstoffforscher sehen in dem trockenen Ding eine elastische Stange aus 100 Prozent Hartweizengrieß, die man biegen kann. Diese Perspektive brachte 2005 Forscher aus Frankreich zur Antwort auf die bis dato ungelöste Nudelsalatfrage.

Des Pudels Kern: Er liegt in der Elastizität des Materials. Bricht der Spaghetto, so ungefähr in der Mitte, steckt noch derart viel Schwingkraft in den beiden Teilen, dass beim Nachschwingen durch die Biegewellen weitere Bruchstellen entstehen.

Knack, krach, bing und brösel: Damit haben wir den Salat.

Das eine Spaghetti-Rätsel war also gelöst. Das andere brauchte bis heute, um geknackt zu werden. Wie man den Mehrfachbruch verhindern kann, haben jetzt Wissen-



Biegsame Pasta. FOTO: PELZ/ADOBE-STOCK

schaftler vom Massachusetts-Technologieinstitut in Cambridge (USA) herausgefunden: Man verdreht den Spaghetto in sich, fast um 360 Grad – biegt erst dann die Enden aufeinander zu. Nach dem ersten Bruch benötigt die verdrehte Nudel so viel Energie, wieder gerade zu werden, dass der Pasta für weitere Brüche quasi die Puste ausgegangen ist.

Der Ig-Nobelpreis, eine satirische Auszeichnung, wurde an die französischen Spaghetti-Forscher bereits verliehen. Letztes Jahr ging er an einen Strömungsmechaniker, der sich fragte, ob eine Katze sowohl ein Festkörper als auch eine Flüssigkeit sein kann. Die Elastizität des Tieres spricht dafür. Ulrich Hammerschmidt

FALL SAMI A.

Heftige Kontroverse um Gewaltenteilung

MÜNSTER – Der Fall des zu Unrecht nach Tunesien abgeschobenen Islamisten Sami A. hat eine kontroverse Debatte über die Unabhängigkeit der Justiz losgetreten. Nordrhein-Westfalens ranghöchste Richterin Ricarda Brandts machte der Politik schwere Vorwürfe. Die Behörden hätten der Justiz Informationen vorenthalten, um eine rechtzeitige Entscheidung der Richter zu verhindern, sagte sie. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) hingegen warf den Richtern vor, sie hätten das Rechtsempfinden der Bevölkerung nicht ausreichend im Blick. (dpa) **Seite 4: Bericht und Leitartikel**

SONDERBEILAGE

Das Ende des
Prager Frühlings



Vor 50 Jahren starb die Freiheit in der Tschechoslowakei unter Panzerketten des Warschauer Pakts. Sachsen wurde zum Heerlager für die größte Militäroperation in Europa nach 1945. *Karte Seite 4/5*

Der Problem-Redakteur

VON OLIVER HACH

Am 21. August 1968 druckt die „Freie Presse“ ein Extrablatt. Die SED-Führung wendet sich darin „an alle Bürgerinnen und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik“. Es ist ein Aufruf, den die staatliche Nachrichtenagentur ADN übermittelt. „Treu ergebene Persönlichkeiten der Partei und des Staates der ČSSR“, so heißt es, hätten am 20. August „den Kampf zum Schutz der sozialistischen Staatsordnung gegen konterrevolutionäre Umtriebe“ aufgenommen. Sie hätten sich mit der Bitte um militärische Hilfe an die sozialistischen Bruderstaaten Bulgarien, DDR, Polen, Ungarn und UdSSR gewandt. Diesem Ersuchen sei entsprochen worden.

Als das Extrablatt erscheint, steht Uwe Schneider mit seiner Verlobten auf dem Westbahnhof in Budapest. Der Sommerurlaub einer Studentengruppe geht zu Ende, zehn Tage später wird der 24-Jährige seine Arbeit als Redakteur bei der „Freien Presse“ in Karl-Marx-Stadt beginnen. Doch dieser 21. August 1968 verändert für ihn alles. Was danach geschieht, bietet Stoff für einen Roman. Nun, 50 Jahre später, wird die Geschichte zum ersten Mal erzählt. Uwe Schneider sitzt auf der Couch in seinem Eigenheim in Zwönitz, vor sich einen Ordner mit seiner Stasi-Akte. Die wird er später noch brauchen.

Im August 1968 herrscht Chaos in Budapest. Der Zugverkehr in die Tschechoslowakei und damit auch in die DDR ist eingestellt. Hunderte Urlauber aus der DDR sitzen fest – ihr knappes Geld ist aufgebraucht, Menschen verkaufen auf der Straße persönliche Gegenstände und Kleidung, um sich Essen besorgen zu können. „Kein Rotes Kreuz war da, es gab kein Wasser. Einige haben aus den Tanks der Lokomotiven getrunken“, berichtet Schneider.

Der Ungarn-Aufenthalt der Studenten aus Zwönitz verlängert sich. Die DDR-Botschaft zahlt Geld aus; man drückt ihnen einen Stempel in den Personalausweis mit dem Hinweis, dass sie später alles zurückzahlen müssen. Nach zehn Tagen gelingt schließlich die Rückreise – in einem Zug, der über die Sowjetunion und Polen in die DDR fährt. In der Gruppe herrschen Wut und Resignation über die Niederschlagung der Reformbewegung in der Tschechoslowakei. Und Uwe Schneider beginnt zu zweifeln. „Bis dahin hatte ich noch die Hoffnung, der Sozialismus in der DDR könnte sich zu einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz wandeln“, sagt er. „Doch nun war ich vollkommen desillusioniert.“ Dabei soll er künftig dem System dienen – als sozialistischer Journalist, als Funktionär der Partei der Arbeiterklasse.

Der gelernte Dreher hatte schon früh die Lust am Schreiben entdeckt. Im Messgerätewerk seiner Heimatstadt Zwönitz wird er Redakteur der Betriebszeitung, 1964 beginnt er ein Journalistik-Fernstudium in Leipzig. Um den Studienplatz zu bekommen, muss er in die SED eintreten. Als er vier Jahre später zum ersten Mal zur Arbeit ins Redaktionsgebäude der „Freien Presse“ an der Brückenstraße in Karl-Marx-Stadt geht, weiß er: Geschrieben wird, was die Partei bestimmt.

Uwe Schneider wird als sogenannter Problem-Redakteur für Innenpolitik eingestellt. So heißen damals Journalisten, die bei der „Freien Presse“ recherchieren und schreiben, während andere nur Texte redigieren. Schneider liefert Artikel aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt, schreibt über SED-Parteitage, Wahlen und vorbildliche Städte im Mach-mit-Wettbewerb. Nach einem Jahr wird er Sektionsleiter für Jugendthemen. Den Alltag in der Redaktion beschreibt er so: „Jeder versuchte, politisch den anderen zu übertreffen.“

Über die Arbeit der „Freien Presse“ wacht damals eine „ideologische Kommission“. SED-Funktionäre lesen die Zeitung

Uwe Schneider arbeitete 1968 als Journalist bei der „Freien Presse“. Mit dem Ende des Prager Frühlings verlor er den Glauben an den Sozialismus. Es folgten Berufsverbot und jahrelange Bespitzelung.



Schreibverbot in der DDR: Uwe Schneider aus Zwönitz. Nach der Wende wurde er Bürgermeister seiner Heimatstadt.

FOTO: UWE MANN

und ahnden „ideologische Verstöße“. Schneider erfährt vom Schicksal eines Kollegen, der eine Seite mit humorvollen Beiträgen verantwortete. Bei einer Aktion, zu der Leser Schüttelreime einreichten, druckte er einen Vers mit dem Wortspiel „Zeichenlehrer“ und „Leichenzehrer“ ab. „Dieser Mann musste die Redaktion verlassen und in der Produktion arbeiten“, erinnert sich der Zwönitzer. Die Anklage habe gelautet: „Herabwürdigung der sozialistischen Lehrerpersönlichkeit.“

Zugleich greift die „Freie Presse“ in ihrer Berichterstattung auch rigoros Funktionäre an, die nicht 100 Prozent auf SED-Linie sind. Uwe Schneider erlebt, wie mit einem Werkleiter in Karl-Marx-Stadt umgegangen wird, der die damalige Ulbricht-Parole „Überholen ohne einzuholen“ infrage stellte: „Der wurde fix und fertig gemacht. Den habe ich später in der Nervenklinik wiedertreffen.“ Schlimm sei es auch geworden, wenn die SED-Führung ihren Kurs änderte: „Kampagnen en-

deten plötzlich ohne eine Nachricht in der Zeitung.“ Und die Redakteure, die über Monate als Scharfmacher in eine Richtung aufgetreten waren, änderten von einem Tag auf den anderen ihre Argumentation: „Dann tat jeder so, als wäre das auch schon immer seine Meinung gewesen.“

In diesem Klima beginnt der junge Erzgebirger, sich unter den Kollegen nach politisch Gleichgesinnten umzuschauen. Es entsteht eine Gruppe, zu deren engerem Kreis neben Schneider drei weitere Redakteure und zwei Volontäre gehören. „Wir haben uns offen ausgesprochen, haben Bücher ausgetauscht.“ Dazu zählten „Nachdenken über Christa T.“ von Christa Wolf, das in der DDR aus dem Handel genommen wurde, und der verbotene Roman „Ein Tag im Leben des Iwan Denisowitsch“ von Alexander Solschenizyn. Man traf sich zu politischen Gesprächen, alles blieb geheim. Doch jugendlicher Leichtsinns eines Mitglieds der Gruppe sollte Uwe Schneider zum Verhängnis werden.

„Eines schönen Tages im November 1971 bin ich verhaftet worden“, berichtet er. Zu diesem Zeitpunkt hatte er bei der „Freien Presse“ bereits aufgehört zu arbeiten, war zurückgekehrt ins Messgerätewerk nach Zwönitz. „Meine innere Zerrissenheit führte dazu, dass ich Herzrhythmusstörungen bekam.“ Offiziell galt die lange Arbeitszeit samt Arbeitsweg von Zwönitz als Grund für sein Ausscheiden; sechs Wochen lang hatte man ihn in der Psychiatrie in Augustsburg behandelt.

An jenem Tag im November 1971 wird Uwe Schneider ins Rathaus von Zwönitz bestellt, in einen schalldichten Raum. „Verrat am Sozialismus“ werfen ihm zwei Männer des Ministeriums für Staatssicherheit vor, einer schubst Schneider vom Stuhl. Sie haben Briefe mit, die Schneider an einen der Volontäre geschrieben hatte. Der junge Mann hatte bei der „Freien Presse“ die mangelnde Pressefreiheit angeprangert, war entlassen worden und hatte sich in einem Betrieb in Plauen erneut kri-

tisch über das SED-Regime geäußert. Als er daraufhin Probleme bekam, entschloss er sich spontan zur Flucht in den Westen. Er wurde gefasst, bei der Durchsuchung seiner Wohnung fand man Schneiders systemkritische Zeilen.

Tage nach dem ersten Verhör wird Uwe Schneider aus dem Messgerätewerk von der Stasi verschleppt und in eine Villa nach Karl-Marx-Stadt gebracht. Dort, so erzählt er, schlägt ihm ein Stasimann ins Gesicht, bis er blutet. Man will herausfinden, wer noch dabei war in der Gruppe. Doch er hält dicht. Nachts läuft er 35 Kilometer zurück nach Zwönitz – er hat kein Geld, weil man ihn ohne seine Brieftasche mitgenommen hatte.

Wegen staatsfeindlicher Handlungen wird Uwe Schneider im Dezember 1971 im Messgerätewerk fristlos entlassen. Er bekommt Schreibverbot. Texte über Heimatgeschichte, die er an die Redaktion einer Publikation des Kulturbundes schickt, bekommt er zurück, nichts wird gedruckt. Und beruflich muss er wieder ganz unten anfangen – als Pappenarbeiter im Zwönitzer Pressspanwerk.

Zugleich setzt eine jahrelange Überwachung ein. Anfang 1972 legt die Stasi den Operativen Vorgang „Journalist“ an, bestätigt vom MfS-Bezirkschef persönlich. Zur Begründung heißt es in der Akte: „Schneider hat um sich eine Gruppe gleichgesinnter Personen geschaffen, die die Tendenzen von 1968 in der ČSSR für gutheißen.“

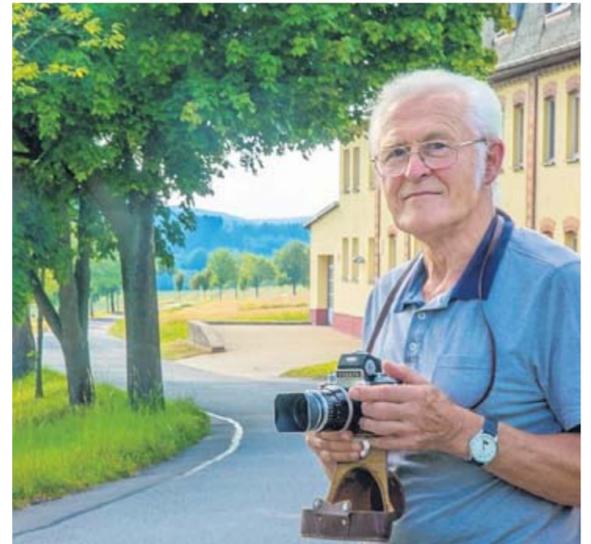
Die Wohnung der Schneiders wird verwandelt, sogar das Schlafzimmer. Ein Stasimann sitzt in der Wohnung obendrüber und hört ab – wie im Film „Das Leben der Anderen“. Wenn die Familie verreist, werden die Räume durchsucht. Insgesamt 25 Inoffizielle Mitarbeiter sind als Spitzel auf sie angesetzt. Schneiders Ehefrau erinnert sich: „Die haben uns Fallen gestellt.“ Man will die Familie zerstören, indem man versucht, dem Familienvater eine andere Frau ins Bett zu legen. All das erfährt Uwe Schneider erst nach der Wende, beim Lesen seiner mehrere hundert Seiten starken Stasiakte. Er sagt: „Was wir durchhaben, kannst du dir nicht vorstellen.“

Sechs Jahre lang dauert die Überwachung, erst 1978 wird der „OV Journalist“ geschlossen. Für das MfS bleibt die staatsfeindliche Zelle bis zum Ende ein Trio aus Schneider und den beiden Volontären der „Freien Presse“. Die drei Redakteure bleiben unerkannt. Einer der Volontäre hat familiäre Beziehungen zu hohen SED-Kreisen, das rettet ihm den Kopf. Nur deshalb lässt das Regime auch die Anklage gegen Schneider fallen, der Dritte muss sich wegen Republikflucht verantworten.

Nach der Wende wird Uwe Schneider Bürgermeister von Zwönitz und tritt in die CDU ein. 18 Jahre lang, bis 2008 lenkt er die Geschicke der Stadt, sorgt dafür, dass Zwönitz in den damaligen Landkreis Stollberg zurückkommt. Das sichert der Stadt die Entwicklungsmöglichkeiten, etwa durch Eingemeindungen und rettet in der Zeit der Schulschließungen auch das Gymnasium. Zum Schreiben hat er zurückgefunden. 2016 veröffentlicht er die erste wissenschaftlich-fundierte Darstellung der Geschichte von Zwönitz.

Heute ist Uwe Schneider fast 75 Jahre alt und arbeitet unermüdlich weiter an seiner Stadtchronik. Im zweiten Teil geht es um die Geschichte ab 1945. Er hat hunderte Akten geschichtet, auch zum August 1968, als sowjetische Panzer die Gegend im Erzgebirge durchquerten. Persönlichen Groll gegenüber denjenigen, die ihn einst verfolgten und für das Berufsverbot sorgten, hat er keinen. Er holt seine Rehabilitationsbescheinigung hervor, die das Landesamt für Familie und Soziales 1999 ausstellte und sagt: „Die Menschen, die das System trugen, waren oft nicht böse. Sie waren Getriebene.“

An der Rückseite seiner Schrankwand im Wohnzimmer hängt an einem Nagel noch immer ein Tonband mit der Aufnahme von Solschenizyns „Archipel Gulag“. Die Stasi hat es nie gefunden.



Kleinneuschönberg 1968 – 2018

Die Panzer im Erzgebirge und ihr Fotograf: 50 Jahre trennen diese beiden Aufnahmen aus Kleinneuschönberg, einem Ortsteil der Stadt Olbernhau. Am 25. August 1968 hörte hier Wilfried Neuber Motorenlärm, nahm seine stets bereitliegende Exakta Varex, bestückt mit einem Farbdiafilm, und drückte ab. Direkt vor seinem Haus, in dem er noch heute lebt, fuhr an diesem Sonntag eine Kolonne sowjetischer Panzer vorbei, die zuvor in den Wäldern der Umgebung gestanden hatten. Mit einem 135-Millimeter-Teleobjektiv gelangen Neuber drei seltene Farbaufnahmen von nachrückenden Truppen in die Tschechoslowakei. Im Hintergrund sieht man die damalige Rundstabfabrik Gebrüder Herold, heute Sitz einer Industrietechnikfirma. „Es war ein schwüler Tag“, erinnert sich Neuber. Zunächst glaubte er, dass Mähdrescher im Anmarsch sind, dann sah er die Kanonenrohre. „Ein historischer Augenblick“, so dachte er damals. Und: „Jetzt muss ich das Risiko eingehen.“ Die Soldaten hatten ihn beim Fotografieren im Blick, ließen ihn aber gewähren.

FOTOS: WILFRIED NEUBER, UWE MANN

„Sachsen war ein Heerlager“

Militärhistoriker Rüdiger Wenzke über die DDR als Aufmarschgebiet, den Mythos von der NVA als Interventionsarmee und offene Fragen zum Ende des Prager Frühlings

Als Assistent am damaligen Militärgeschichtlichen Institut der DDR in Potsdam begann Rüdiger Wenzke, sich mit den Beziehungen zwischen der NVA und der Tschechoslowakischen Volksarmee zu beschäftigen. Nach der Wende räumte er 1995 in einer Monografie erstmals mit dem Mythos über die Beteiligung der NVA an der Niederschlagung des Prager Frühlings auf. Er habe damals für seine Veröffentlichung viel Zustimmung, aber auch sehr viel Ablehnung und Unverständnis erfahren, sagt Wenzke heute. Und er sagt auch: Die Forschung auf dem Gebiet ist noch nicht abgeschlossen. Oliver Hach sprach mit dem Militärhistoriker.

Freie Presse: Herr Wenzke, am 21. August 1968 sind binnen weniger Stunden zehntausende ausländische Soldaten in die Tschechoslowakei eingerückt. Die Sowjetunion schickte dabei auch Truppen über die DDR. Besonders in den grenznahen Gebieten in Sachsen herrschte in der Bevölkerung Kriegsangst. Wie ernst war die Lage damals, wie groß war die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen?

Rüdiger Wenzke: In der Tat war bereits seit Frühsommer 1968 der südliche Teil der DDR zu einem militärischen Aufmarschgebiet geworden. Sachsen hatte sich in ein regelrechtes Heerlager verwandelt – neben zehntausenden sowjetischen Soldaten mit tausenden Panzern, Schützenpanzern und Kraftfahrzeugen standen auch zwei NVA-Divisionen mit etwa 16.000 Mann in voller Ausrüstung bereit, um auf Befehl in die CSSR einzumarschieren. Obwohl die Truppen zumeist in den Wäldern versteckt waren, blieb der Bevölkerung dies nicht verborgen. Es gab anfangs nur wenige Kontakte mit den Soldaten; die Partei- und Staatsorgane leugneten zudem einen Zusammenhang mit der Entwicklung in der Tschechoslowakei. Vor diesem Hintergrund entstanden Gerüchte in der Bevölkerung, zum Beispiel über bevorstehende Evakuierungen. Es kam zu Hamsterkäufen, Kriegsangst machte sich breit.

Und die war keineswegs unbegründet, standen sich doch in Mitteleuropa zwei bis an die Zähne bewaffnete Militärbündnisse gegenüber. Niemand vermochte wirklich vorauszusagen, welche Wirkungen die ‚brüderliche militärische Hilfe‘ des Warschauer Paktes für die CSSR im Westen, bei der Nato auslösen würde. Die Lage war durchaus ernst.

Tatsächlich leistete die tschechoslowakische Armee damals keinen Widerstand gegen den Einmarsch. Warum?

Die Tschechoslowakische Volksarmee war als Teil der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages für den Fall eines Krieges nach Westen ausgerichtet, gegen die Nato. Am 21. August 1968 stand ihr jedoch überfallartig eine militärische Übermacht im Rücken. Die Interventionen blockierten sofort Kasernen und andere militärische Einrichtungen. Hinzu kam, dass sowjetische Offiziere frühzeitig im tschechoslowakischen Generalstab aktiv waren und die tschechoslowakische Militärführung zu Entscheidungen im Sinne der Sowjets regelrecht nötigten. CSSR-Verteidigungsminister Martin Dzur erteilte dann auch unter dem Druck der Sowjets am 21. August 1968 um genau o Uhr einen Befehl, der der tschechoslowakischen Armee jeden Widerstand untersagte und sie sogar anwies, den Interventionen Unterstützung zu gewähren. Dieser Befehl wurde im Prinzip erfüllt, wenn auch im zweiten Teil nur widerwillig und als Ausnahme.

An der Intervention des Warschauer Paktes sollte auch die Nationale Volksarmee der DDR teilnehmen. Es waren bereits Militärkommandanturen der NVA in der CSSR geplant. Doch im letzten Moment kam es anders. Warum wurde die DDR überhaupt zum Aufmarschgebiet?

Die DDR gehörte zu den treuesten Verbündeten der UdSSR. Die NVA war 1968, rund zwölf Jahre nach ihrer Gründung, auf dem Weg, zum Juniorpartner der Sowjetarmee im Warschauer Bündnis aufzusteigen. Deshalb war es für die ostdeutsche Partei- und Staatsführung unter Walter Ulbricht von Bedeutung, an der Aktion zur Niederschlagung der

vermeintlichen Konterrevolution im Nachbarland teilzunehmen, die als weitere Bewährungsprobe für die politische und militärische Zuverlässigkeit der Ostdeutschen gewertet werden konnte. Zudem war die DDR, in der ja fast eine halbe Million sowjetischer Soldaten dauerhaft stationiert war, ein idealer militärischer Ausgangspunkt für den Einmarsch in die CSSR und weiter in die Hauptstadt Prag. Die DDR und ihre Streitkräfte boten den sowjetischen Truppen zudem professionelle Hilfe – sei es in der Logistik, im Nachrichtenwesen oder beim Grenzübergang über das Erzgebirge.

Wer entschied, die NVA am Ende zurückzuhalten und warum?

Eine wissenschaftlich haltbare Antwort darauf war lange Zeit nicht möglich. Freilich kursierten seit den 1990er-Jahren manche Gerüchte und Behauptungen, beispielsweise die, dass Walter Ulbricht die NVA zurückgehalten oder die sowjetischen Marschälle kein Vertrauen in die NVA gehabt hätten. Erst vor rund zehn Jahren wurde dann in Moskau ein Dokument gefunden, das uns in dieser Frage weiterhalf: Es war der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew, der seine Militärs auf Bitte von Gegnern des tschechoslowakischen Präsidenten Alexander Dubček kurzfristig vor dem Einmarsch anwies, keine ostdeutschen Truppen einzusetzen. Dies führte zwar zu Irritationen beim sowjetischen Militär, aber letztlich kamen die zwei für die Intervention vorbereiteten NVA-Divisionen nicht in der Tschechoslowakei zum Einsatz. Die deutschen Genossen seien sichtlich beleidigt gewesen, vermerkten die Moskauer Kommunisten dazu.

Der Mythos lebt dennoch weiter. Eine große tschechische Tageszeitung druckte in diesen Tagen eine Karte, in der NVA-Einheiten im Raum Karlsbad/Karlovy Vary eingezeichnet sind. In der Legende wird über mehrere hundert Soldaten und Dutzende Fahrzeuge spekuliert.

Die tschechischen Kollegen beziehen sich da auf einige zeitgenössische Meldungen, nach denen NVA-Fahrzeuge angeblich unter anderem

in Vejprty, Nejdk, Dubí und bis Dolní Žandov gesehen worden waren. Sie räumen dazu aber zumindest in der wissenschaftlichen Literatur ein, dass der Wahrheitsgehalt dieser Angaben nicht nachprüfbar ist. Freilich ist es nicht ganz ausgeschlossen, dass beispielsweise einzelne Aufklärungskräfte der NVA – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – kurzfristig auf tschechoslowakisches Territorium gelangten. Wir wissen ja auch, dass sich einige Stabsoffiziere und eine kleine Gruppe von Nachrichtenkraften der NVA von Ende August bis Mitte Oktober 1968 ganz offiziell in der Nähe von Prag befanden. Auch DDR-Grenzsoldaten überschritten gelegentlich die Grenze. Aber NVA-Kampfeinheiten mit Panzern in Kompanie-, Bataillons-, Regiments- oder gar Divisionsstärke – wie lange Zeit vermutet – waren eben nicht in der CSSR.

Den Bürgern der DDR hat die SED-Führung nie offiziell erklärt, dass ihre Soldaten am Einmarsch nicht beteiligt waren.

Die Mitteilung der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass vom 21. August 1968, der zeitgenössische offizielle Sprachgebrauch sowie auch die spätere Geschichtsschreibung der DDR ließen bis 1989 kei-

Rüdiger Wenzke

Der 63-jährige Historiker ist Leiter des Forschungsbereichs „Militärgeschichte nach 1945“ am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) in Potsdam. Er stammt aus Baruth/Mark, studierte in der DDR Geschichte an der Universität Leipzig und begann seine wissenschaftliche Arbeit am Militärgeschichtlichen Institut der DDR in Potsdam. Nach der Wende wurde er vom damaligen Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr übernommen, das 2013 in das ZMSBw überging. Wenzke veröffentlichte zahlreiche Aufsätze und Monografien zur Militärgeschichte der DDR und zum Warschauer Pakt. (oha)



FOTO: RÜDIGER WENZKE

nen Zweifel daran, dass die DDR-Armee im August 1968 gemeinsam mit den ‚Bruderarmeen‘ an der Niederschlagung der als Konterrevolution bezeichneten Prager Reformbewegung aktiv beteiligt war. Einige wenige NVA-Soldaten befanden sich ja auch tatsächlich auf dem Territorium der Tschechoslowakei im Einsatz. All das vor Augen, beschneigte die SED der NVA intern und in der Öffentlichkeit, eine große Bewährungsprobe bestanden, den Frieden in Europa gerettet und den Sozialismus gestärkt zu haben. Die SED wählte sich so in einem Akt internationaler Solidarität an der Seite der Sowjetunion als Sieger der Geschichte – alles andere wäre der Bevölkerung schwer zu erklären gewesen. Schützenhilfe erhielt die ostdeutsche Propaganda nicht zuletzt durch den Westen, der Ulbrichts Divisionen im August 1968 als Aggressoren nicht nur in Prag, sondern sogar in Bratislava verortete.

Was tat damals der Westen? Gab es Optionen einzugreifen?

Die bisher zugänglichen Dokumente aus Politik, Militär und Geheimdiensten des Westens zeigen, dass es weder eine militärische Option für eine westliche Aggression gegen die Tschechoslowakei vor dem 21. August 1968, noch eine Option einer militärischen Antwort auf die Intervention der Sowjets gegeben hat. Zwar wurden die Interventionsstreitkräfte als solche klar erkannt, es gelang der westlichen Aufklärung aber nicht, den genauen Einmarschtermin zu bestimmen. Allerdings ließ die UdSSR mit Beginn der Intervention die USA wissen, dass sich die Militäraktion nicht gegen die Nato oder eines ihrer Mitglieder richtete. Die Bundeswehr vermied alles, was zu einer Eskalation der Krise hätte beitragen können. In meinem in diesen Tagen im Christoph-Links-Verlag erschienenen Buch „Wo stehen unsere Truppen?“ habe ich die Aktivitäten von NVA und Bundeswehr während der CSSR-Krise erstmals in einem Band untersucht.

Der Einmarsch und das Ende des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ war für Tschechen und Slowaken ein Trauma. Was ist davon heute geblieben?

Die Bürger der CSSR wehrten sich gegen die Besetzung ihres Landes mit einem kreativen Widerstand. Es gelang jedoch nicht, den schon bald einsetzenden sogenannten Normalisierungsprozess zu verhindern. Schrittweise hielten wieder die alten totalitären Macht- und Gesellschaftsstrukturen Einzug. Stagnation, Resignation und Lethargie waren bis zum Wendejahr 1989 die Folge. Mit der samtigen Revolution wurde dann ein neues Kapitel in der Geschichte der Tschechen und Slowaken aufgeschlagen. Auch wenn vor 25 Jahren aus ihrem gemeinsamen Staat Tschechien und die Slowakei wurden, blieben die Menschen über die Grenze hinweg eng verbunden. Dass es bei Tschechen und Slowaken aufgrund der 1968er-Ereignisse bis heute Vorbehalte gegenüber Russland gibt, lässt sich, so glaube ich, nachvollziehen.

Auch 50 Jahre nach dem Ende des Prager Frühlings sind noch nicht alle Archive zugänglich. Welche Fragen sind bis heute offen?

Man muss zunächst feststellen, dass sich unser Wissen über den Prager Frühling und seine Niederschlagung in den letzten Jahrzehnten beträchtlich erweitert hat. Dazu hat eine Vielzahl deutscher und internationaler Historiker und Publizisten beigetragen. Natürlich wird ein historisches Ereignis niemals gänzlich ausgeforscht sein. Es stellen sich immer wieder neue Fragen, so beispielsweise hier nach der Bedeutung der tschechoslowakischen Krise für die europäische Geschichte. Meines Wissens gibt es auch noch keine umfassende wissenschaftliche Darstellung der Intervention aus russischer Sicht, die auf originären russischen Quellen basiert. Bis heute beruhen viele Angaben über Personalstärke oder die Anzahl der eingesetzten Panzer auf Schätzungen. Hier besteht also noch Forschungsbedarf, vor allem in russischen Archiven. Dies kann aber noch dauern, da vor allem das Archiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation in Podolsk zu Fragen der Militärgeschichte nach 1945, insbesondere für ausländische Forscher, nur eingeschränkt oder gar nicht zugänglich ist.

Die Kameraden

In den Wäldern des Vogtlands warteten Karl Wolf und Werner Lippmann im Sommer 1968 zusammen mit tausenden anderen Soldaten der DDR-Volksarmee auf den Einmarschbefehl in die ČSSR. Bis heute lässt die Geschichte sie nicht los – ein Ortsbesuch.

VON OLIVER HACH

Die Landstraße schlängelt sich den Hügel hinauf, raus aus dem Dorf, vorbei an einer Bank mit Wanderwegweiser und einem Feld, auf dem sich Hafer im Wind wiegt. Es ist friedlich an diesem Sommertag im Vogtland. Doch Karl Wolf hat die Vergangenheit eingeholt. Oben am Waldrand, wo vom Asphalt nach rechts ein Feldweg abzweigt, gibt es eine Grasfläche. „Hier wurden einige Bäume gefällt“, sagt Wolf. „Für den Munitionslkw und das Offizierszelt.“

Karl Wolf war schon öfter hier – zusammen mit Werner Lippmann. Das erste Mal vor 50 Jahren, da war es nicht so friedlich in den Wäldern des Vogtlands. Jetzt haben die Männer ihre vergilbten Armeepapiere mitgebracht, für sie ist dieser Besuch nahe dem Dorf Gunzen zwischen Schöneck und Markneukirchen ein Stück Vergangenheitsbewältigung. Immer wieder zieht es sie an diesen Ort zurück. Karl Wolf zeigt Feldpost, blättert in einem Album voller Schwarz-Weiß-Fotografien, gleicht sie ab mit der Landschaft vor seinen Augen und mit den Bildern in seinem Kopf. „Hier hat sich fast nichts verändert“, sagt er.

Karl Wolf und Werner Lippmann dienten im Sommer 1968 bei der Nationalen Volksarmee, den Streitkräften der DDR. Im Mai hatte man die beiden 19-Jährigen zum Wehrdienst in die Thomas-Müntzer-Kaserne nach Weißenfels eingezogen – den einen aus einem Metallbaubetrieb in Zwickau, den anderen aus der Fahrdienstleitung bei der Deutschen Reichsbahn im kleinen Bahnhof Muldenhütten bei Freiberg. Zwei Charaktere, wie sie unterschiedlicher kaum sein konnten: der extrovertierte Karl, begeistertes Mitglied der vormilitärischen DDR-Massenorganisation Gesellschaft für Sport und Technik (GST), und der eher in sich gekehrte Werner aus einem christlichen Elternhaus in Oberbobitzsch, der mit Militär nichts am Hut hatte. Das Schicksal hat sie zusammengeschweißt.

Die Grundausbildung bei den motorisierten Schützenruppen war gerade erst vorbei, ein einziges Mal hatten sie auf einem Schießplatz in Hermsdorf auf Pappscheiben geschossen, da kam für die beiden Heranwachsenden der Ernstfall. Die sowjetische Führung hatte beschlossen, die Reformen in der Tschechoslowakei, die weg führten vom dogmatischen Kommunismus hin zu mehr Freiheit und Demokratie, nicht länger zu dulden. Bereits seit Frühsommer liefen Vorbereitungen für den Einmarsch zur Niederschlagung des Prager Frühlings. Neben der Sowjetarmee sollten Truppen aus Polen, Ungarn, Bulgarien und der DDR beteiligt sein. Karl Wolf sagt: „Das war der einzige Ernstfall, den die NVA je hatte.“

Damals wussten die beiden freilich nicht, was genau bevorstand. Alles war geheim. Am 28. Juli begann die Mobilmachung. Wolf und Lippmann rückten mit einem Bataillon aus Weißenfels aus. Die etwa 300 Mann starke Truppe erhielt den Befehl, im Raum Neustadt an der Orla im Osten Thüringens Stellung zu beziehen. Am Abend vorher schrieben alle noch einmal an ihre Familien. „Der Postausgang war bis oben hin voll“, erinnert sich Wolf. „Da wussten wir: Es wird ernst.“



Vergangenheitsbewältigung: Werner Lippmann (l.) und Karl Wolf im Wald zwischen Schöneck und Markneukirchen.

FOTO: CHRISTIAN SCHUBERT



Werner Lippmann 1968. FOTO: KARL WOLF

„Das war der einzige Ernstfall, den die NVA je hatte.“

Karl Wolf Soldat der DDR-Volksarmee



Auf Wache im Vogtland: Karl Wolf 1968.

FOTO: KARL WOLF



Feldpost. FOTO: KARL WOLF



Russentopf und Taschenkamera: Relikte von damals. FOTO: CHRISTIAN SCHUBERT



Lageralltag für die 8. Kompanie der motorisierten Schützen im Vogtland: Die Zelte mussten zur Tarnung in den Wald hinein gebaut werden. FOTO: KARL WOLF



Schützenpanzerwagen mit „Invasionsstreifen“: Soldaten des 18. Motschützenregiments aus Weißenfels 1968 bei Gunzen. FOTO: KARL WOLF

Heute weiß man: Bereits Ende Juli 1968 stand ein Einmarsch des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei unmittelbar bevor. Doch die Invasion wurde noch einmal verschoben, wegen der politischen Verhandlungen, die damals mit der tschechoslowakischen Führung im ostslowakischen Grenzort Čierna nad Tisou und in Bratislava liefen.

In Neustadt/Orla erhielt Karl Wolf eines Morgens auf Wache den Befehl: „Alle Posten einziehen – wir müssen aufsitzen.“ Die Soldaten mussten antreten zum Empfang scharfer Munition – jeder bekam einen halben Kampfsatz. „Das waren für mich 300 Patronen“, erzählt Karl Wolf. Er hatte eine Kalaschnikow, sein Kamerad Werner Lippmann erhielt drei Granaten für seine Panzerbüchse und 120 Schuss für seine Makarow-Pistole.

Am Nachmittag des 23. August 1968 setzte sich der Tross in Richtung Tschechoslowakei in Bewegung – mehrere Panzer, Schützenpanzerwagen und Transport-Lkw. Schon nach wenigen Kilometern blieb der erste Panzer liegen, die T-34 aus Beständen der Roten Armee stammten noch aus dem Zweiten Weltkrieg. „Wir sind kaum vorwärts gekommen“, berichtet Wolf. In Plauen warfen Anwohner im Halbdunkel Eier und Steine auf die Panzer.

Am Morgen des 24. August stoppte die Kompanie in einem Waldstück südlich von Schöneck, rund zehn Kilometer entfernt von der Grenze. Zu diesem Zeitpunkt war die Tschechoslowakei längst von sowjetischen, polnischen, ungarischen und bulgarischen Einheiten besetzt. „Wir wussten davon nichts. Wir hatten keine Zeitung, kein Radio, kein Fernsehen“, sagt Wolf.

Die Truppe aus Weißenfels, die im Wald bei Gunzen ein neues Lager eingerichtet hatte, rechnete noch tagelang mit dem Einmarschbefehl. Auch die NVA-Panzer waren mit einem weißen Streifen versehen. So sollte das Kriegsgesicht der Invasionsgruppen von dem der tschechoslowakischen Armee unterscheidbar sein, die dieselbe sowjetische Technik besaß. Doch von höchster Stelle in Moskau war inzwischen entschieden worden: Die NVA rückt nicht ein in die Tschechoslowakei.

Die Truppe steckte fest im Vogtland, der Lageralltag bestand aus Wachdienst und dem Kampf gegen den Schlamm, der sich mit einsetzendem Regen bildete. Fernmelder hatten Kabel verlegt zu benachbarten Einheiten, die überall in der Gegend versteckt in den Wäldern lagen. Hinunter ins Dorf durften sie nicht; einmal trat eine Musikgruppe für sie auf. Karl Wolf gelang es, trotz strengen Verbots einige der Lagerzeiten im Bild festzuhalten – mit einem Fotoapparat, den er in seiner Uniformtasche versteckte.

Die Bilder zeigen junge Männer mit fröhlichen Gesichtern, sie erwecken den Eindruck von Abenteuerleben. „Wir haben uns mit markigen Sprüchen Mut gemacht“, sagt Karl Wolf. „Aber eigentlich hätte ich lieber bei den Pragern Revolution gemacht.“ Er ist herausgetreten aus dem Wald, wo sie acht Wochen lang, bis zum 17. Oktober 1968 campierten, und deutet auf den Straßenrand hinunter Richtung Gunzen: „Da stand mal die Feldküche.“ Werner Lippmann sagt mehrmals, es sei ihm mulmig gewesen damals. „Wir hätten auf Leute schießen müssen, die uns nichts getan hatten.“

Gunzen ist heute ein hübsches, aber verschlafenes Dorf im Vogtland. Es gibt hier keinen Gasthof mehr, also muss man woanders nach einer Gelegenheit zum Mittagessen suchen. Man hat noch viel zu bereden an diesem Tag. Einige Dörfer weiter ist eine Einkehr gefunden. Karl Wolf zieht eines der Schwarz-Weiß-Fotos heraus und hält es der Wirtin vors Gesicht. Auch bei ihr kehrt die Erinnerung sofort zurück – an die sowjetischen Panzer, die durch Schöneck rollten. Die Frau, Ende 50, ist für einen Moment den Tränen nahe. „Schreibt's auf, das Zeug“, sagt sie, „und hoffen wir, dass nie wieder so ein Mist passiert.“

Invasion aus Sachsen

Der Einmarsch des Warschauer Pakts am 21. August 1968 in die Tschechoslowakei war die größte Militäroperation in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. An der Operation „Donau“ waren Soldaten aus fünf Ländern beteiligt. Schon bei der Vorbereitung spielte der Raum der DDR-Bezirke Karl-Marx-Stadt und Dresden eine Schlüsselrolle – Spuren finden sich bis heute. *Von Oliver Hach (Text) und Ariane Bühner (Grafik)*

Granit ist hart und hält ewig. Doch wenn 30 Tonnen Stahl drüber walzen, bleiben Spuren. In Freiberg findet man sie noch 50 Jahre später an steinernen Gehwegplatten. In der Wallstraße, in einer Kurve kurz vor der Kreuzung der Bundesstraßen 101 und 173, sind Scharten in der Bordsteinkante, hineingeschlagen von Panzern. „Die Abstände der Kettensegmente sind noch deutlich erkennbar“, sagt Michael Gerstenberger. Er wohnte damals an der Wallstraße und erlebte als 18-Jähriger, wie sowjetische Panzer im August 1968 durch Freiberg Richtung Erzgebirge röllten. Es war ein Ereignis, das die Menschen aufwühlte. Tausende Sachsen der Generation 50 plus haben bis heute Erinnerungen an diese Zeit. Der Einmarsch des Warschauer Pakts am 21. August 1968 in die Tschechoslowakei war die größte Militäroperation in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg – sorgfältig geplant und binnen weniger Stunden ausgeführt.

Der Reformkurs der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei unter Alexander Dubček zur Liberalisierung und Demokratisierung des Landes war in Moskau von Anfang an auf Ablehnung gestoßen. Man hatte die Genossen in Prag gewarnt, „dass feindliche Kräfte Ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Lostrennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören“, wie es im

Randnotiz der Geschichte: Ohne den Prager Frühling würde es das Dorf Kühnhaiden im Erzgebirge nicht mehr geben.

sogenannten Warschauer Brief vom 15. Juli 1968 heißt. Einen guten Monat später war der Tag X für die „Operation Donau“ gekommen. Moskau konnte sich darauf berufen, einem offiziellen Hilferuf aus dem Bruderland nachzukommen. Noch am 3. August 1968, am Rande der letzten bilateralen Gespräche zwischen der tschechoslowakischen und der sowjetischen Regierung in Bratislava, hatte eine Gruppe stalinistischer tschechoslowakischer Oppositioneller einen sogenannten Einladungsbrief übergeben, in dem der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew um schnelle Hilfe und Intervention ersucht wird.

Truppen aus fünf der sieben Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts – der Sowjetunion, Polens, Ungarns, Bulgariens und der DDR – standen für die Invasion bereit. Nur Albanien und Rumänien beteiligten sich nicht. Den größten Teil der Militärmacht stellte die sowjetische Armee. Gemeinsam mit ihren Truppen sollte die Nationale Volksarmee der DDR mit über 16.000 Mann aus zwei Divisionen nach Nordböhmen und gegebenenfalls sogar bis Prag vorstoßen. Die 7. Panzerdivision mit Hauptquartier in Dresden, darunter das Artillerieregiment 7 aus Frankenberg und das Motorisierte Schützenregiment aus Marienberg, sowie die 11. Motorisierte Schützendivision in Halle wurden nach Angaben des Militärgeschichtlers Rüdiger Wenzke in jenen Tagen direkt der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland unterstellt. Die 7. PD sollte im Raum Litoměřice und Děčín operieren, die 11. MSD in der Gegend um Pilsen. Es waren bereits Militärkommandanturen geplant, die die NVA in den besetzten Gebieten einrichten sollte.

Die DDR-Bezirke Karl-Marx-Stadt und Dresden wurden zum Aufmarschgebiet. Die Sowjetarmee mobilisierte ihre Truppen, die südlich von

Berlin stationiert waren, verlegte aber noch zusätzlich Streitkräfte aus dem Kaliningrader Gebiet über Polen in die DDR. Über die Grenzbahnhöfe Frankfurt/Oder und Kietz brachten mehr als 50 Züge Panzer, Lkw und Mannschaften bis nach Sachsen.

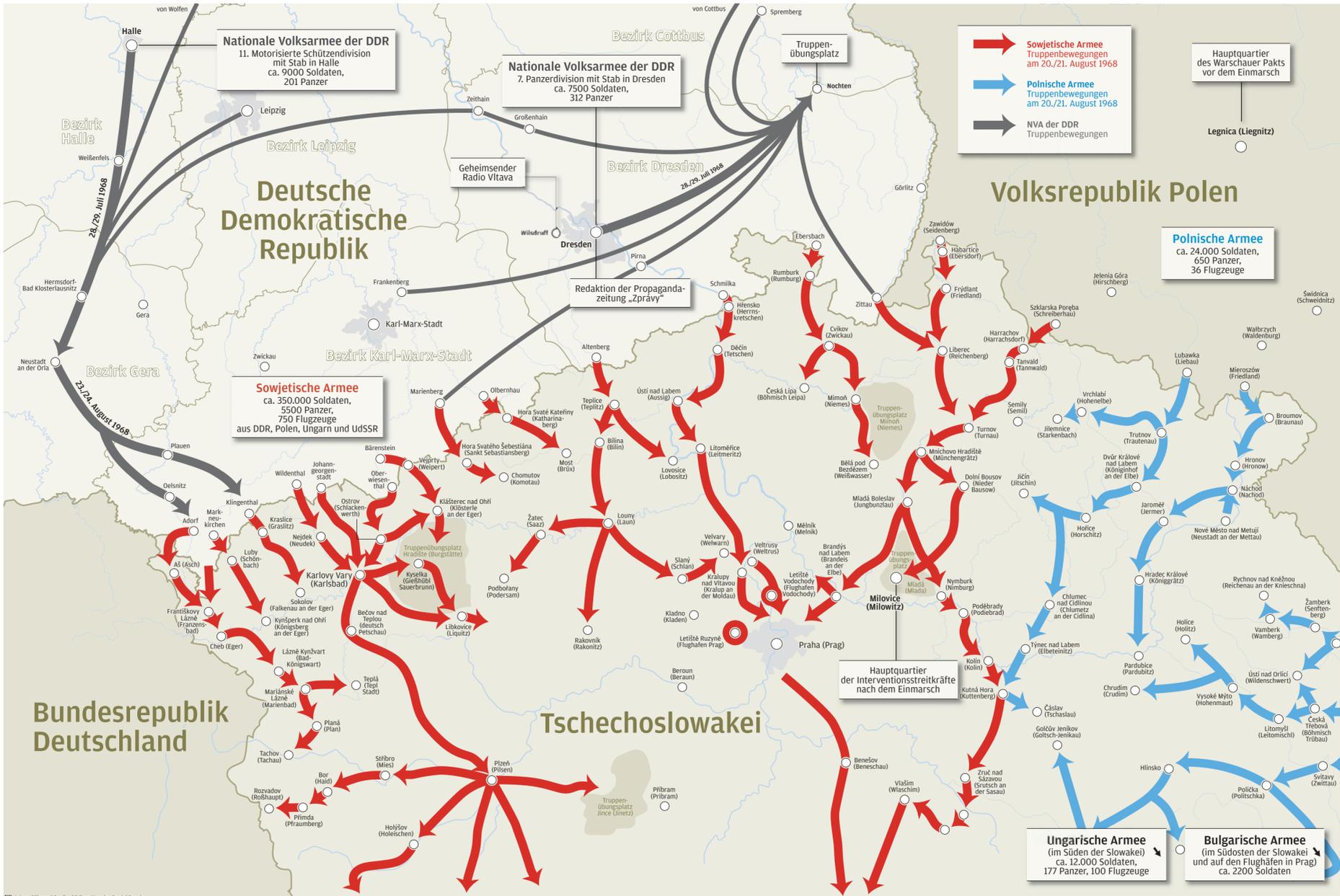
Den Marschbefehl erhielten die Truppen am 20. August mit Einbruch der Dunkelheit. Zwischen 22.30 Uhr und 24 Uhr überschritten die Spitzeneinheiten die Grenzen zur CSSR; aus der DDR die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, aus Polen die 2. Armee der Polnischen Volksarmee und die 38. sowjetische Armee, die auch direkt aus der Ukraine in die Slowakei einmarschierte, unterstützt von bulgarischen Einheiten. Schließlich aus Ungarn eine Division der Ungarischen Volksarmee sowie weitere, in Ungarn stationierte sowjetische Truppen. Zugleich landeten Luftwaffeneinheiten auf den Flughäfen in Prag und Brünn. Bereits gegen 1 Uhr war die Slowakei weitgehend besetzt, um 3 Uhr Nordböhmen. Gegen 5 Uhr erreichten die Truppen Prag, um 8 Uhr hatten sie alle Straßen der Hauptstadt unter Kontrolle. Die NVA jedoch verblieb in ihren Bereitstellungsräumen in Sachsen – auf Weisung von ganz oben in Moskau (siehe Beilage S. 2).

Für die Menschen in der Tschechoslowakei war es ein Schock. Es gab Tote und Verletzte. Nach Angaben des tschechischen Historikers Prokop Tomek wurden vom 21. August bis Ende Dezember 1968 als Folge des Einmarschs 137 Tschechen und Slowaken getötet – vor allem durch Unfälle mit Militärfahrzeugen, aber auch durch Kugeln von Sowjetsoldaten, die sich von protestierenden Bürgern provoziert fühlten. Russische Quellen sprechen zudem von 102 Todesopfern aufseiten der Sowjettruppen. In seinem 2017 erschienenen Buch „Die Besetzung 1968 und ihre Opfer“ demontiert Historiker Tomek indes Aussagen von sowjetischer Seite, zwölf Soldaten seien von sogenannten konterrevolutionären Kräften erschossen worden. „Wir haben keinen einzigen Fall gefunden, bei dem Tschechen oder Slowaken einen Soldaten der Besatzungstruppen ermordet hätten“, sagte er bei der Buchvorstellung in Prag.

Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings übernahmen moskautreue Kommunisten die Macht in der Tschechoslowakei, das Land versank in einer Lethargie, die Jahrzehnte anhalten sollte. Aus Protest gegen das Ende des Prager Frühlings übergab sich der Prager Palast am 16. Januar 1969 in Prag mit Benzin und zündete sich an. Drei Tage später starb der 20-Jährige an den Verbrennungen. Noch am Nachmittag seines Todes strömten rund 200.000 Menschen auf den Prager Platz. Auch in der DDR gab es Proteste. Das Ministerium für Staatssicherheit erfasste mehr als 400 Delikte zu „Hetzschriften“.

In Führungskreisen der NVA war man damals überzeugt, auf der Seite der Sowjetunion das Richtige getan zu haben. Kritik habe es dort nicht gegeben, berichtet ein ehemaliger Offizier der 11. Motorisierten Schützendivision aus Halle, der im operativen Kommando tätig war. Der 86-Jährige, der inzwischen in Sachsen lebt, glaubt noch heute: „Wir waren in Bereitschaft, um die Konterrevolution zu verhindern.“ Seinen Namen will er auch 50 Jahre nach den Ereignissen nicht in der Zeitung lesen.

Eine Randnotiz der Geschichte: Ohne den Prager Frühling würde es das Dorf Kühnhaiden im Erzgebirge heute nicht mehr geben. In den 1960er-Jahren plante die DDR in dem Grenzort zur CSSR gemeinsam mit dem Nachbarland den Bau einer Talsperr. Der Stausee hätte große Teile von Kühnhaiden überflutet. Bereits 1966, so berichtet der Heimatforscher Romeo Bräuer, hatten die Arbeiten begonnen. Doch nach dem Einmarsch des Warschauer Pakts in der CSSR wurde der Bau gestoppt. Was dennoch gebaut wurde und blieb, ist das Wohngebiet Mühlsberg in Marienberg. Dort hin sollten die Bewohner von Kühnhaiden umgesiedelt werden.



Vom Panzer gerammt: der Gasthof Dittersdorf 1968. FOTO: JOHANNES SCHMALFUS

Die Panzerschänke Dittersdorf
„Steinerts Gasthof“ ist bis heute an der Fassade zu lesen – doch in dem legendären Wirtshaus in Dittersdorf im Erzgebirge wird schon lange kein Bier mehr gezapft. Im Volksmund heißt das Gebäude allerdings bis heute „Panzerschänke“ – weil es im Sommer 1968 ein sowjetischer Panzer rampte. Das Haus steht an einer Kreuzung, wo früher die Fernverkehrsstraßen 174 und 180 aufeinandertrafen. Heute gibt es längst neue Trassen und einen Kreisverkehr, vor 50 Jahren jedoch musste der Militärkonvoi in Richtung tschechische Grenze am Gasthof abbiegen. Am Morgen des 13. August 1968 wurde die Inhaberfamilie von Lärm und einer starken Erschütterung geweckt – ein Panzer war ins Haus gekracht. Wo Eingangstür und Fenster waren, klaffte ein Loch in der Mauer. Bei der Sanierung pinselfe der Maler „Panzerschänke“ ans Gerüst – ein Name, der bleiben sollte. (ulab/oha)



Passierschein in einer Ausstellung im Frühjahr in Wolkenstein. FOTO: OLIVER HACH

Sperrgebiet im Erzgebirge
Durch Schließung der Grenze zur Tschechoslowakei leistete die DDR aktive Hilfe beim Einmarsch des Warschauer Pakts. Am 21. August 1968 wird in der MFS-Betriebsverwaltung Karl-Marx-Stadt ein Einsatzstab zur „politisch-operativen Arbeit“ gebildet. Im Maßnahmenplan heißt es: Die Grenzübergänge werden geschlossen, im Grenzgebiet wird eine bis zu fünf Kilometer breite Sperrzone eingerichtet. Die dort befindlichen Touristen sind unter strenger Kontrolle zu halten, es wird eine Telefonsperre verhängt. Wer in das Sperrgebiet hineinwill, braucht einen Passierschein. Die Folge: In Gaststätten und Hotels bleiben die Gäste weg, das Fichtelbergerhaus macht am 3. September 1968 weniger als 100 Mark Tagesumsatz. In Betrieben im Erzgebirge kommt es zu Produktionsengpässen, weil Lieferungen aus der CSSR und Österreich ausbleiben. (oha)



Herberge für Breschnew: das Neue Jägerhaus in Grillenburg. FOTO: OLIVER HACH

Radio Moldau vom Sender Wilsdruff

Im Propaganda-Krieg um den Einmarsch in die Tschechoslowakei griff die DDR den Besatzungstruppen mit einem Hörfunksender unter die Arme. Auf Beschluss der SED-Führung sendete Radio Berlin International ab Juli 1968 Sendungen in tschechischer und slowakischer Sprache, produziert von einer geheimen Sonderredaktion in Ost-Berlin und ausgestrahlt auf der Mittelwellenfrequenz 1430 Kilohertz über den Sender Wilsdruff bei Dresden. In der Nacht der Invasion wurde das Programm in „Radio Vitava“ („Radio Moldau“) umbenannt – mit Smetanas „Die Moldau“ als Pausenzeichen. In schlechtem Tschechisch und Slowakisch recht fertigen ausländische Sprecher die Okkupation, Radio Prag sprach von einem Feindsender. Populär wurde der Sender nie. Im Februar 1969, als die Medien in der CSSR wieder mit Moskau gleichgeschaltet waren, wurde das Programm eingestellt. (oha)



Der 153 Meter hohe Mittelwellen-Funkturm in Wilsdruff. Heute ist er ein technisches Denkmal. FOTO: REALNR/WIKIPEDIA

Besonders verhasst: Die Zeitung „Zprávy“ aus Dresden



„Zprávy“ - „Nachrichten“: Propaganda im Sinne der Okkupanten, produziert in Dresden. FOTO: LIBRA PROHIBITI

Neun Tage nach dem Einmarsch erschien erstmals eine tschechischsprachige Zeitung, die die Intervention des Warschauer Pakts verteidigte. Die „Zprávy“ (zu deutsch „Nachrichten“) kam aus Dresden – mit Unterstützung der dortigen SED-Bezirksleitung. „Es nieß, die Redaktion habe völlig unabhängig und abgeschlossen von der sächsischen Zeitung gearbeitet“, sagt der Historiker Konstantin Herrmann. Gedruckt wurden die „Zprávy“ beim Grafischen Großbetrieb „Völkerverdeutschung“ Dresden; zunächst 200.000, später über 350.000 Exemplare. Das Blatt, das bis Frühjahr 1969 immer samstags erschien, war im Volk verhasst. In ganz Prag gab es nur einige Dutzend Abonnenten. (oha)

Stasi in Aktion gegen Protestparolen auf den Dächern

In den Grenzorten zu Sachsen machten nach der Okkupation viele Tschechen mit Protestparolen in Richtung DDR auf ihre Lage aufmerksam. „Helft uns, deutsche Arbeiter!“, „Wir stehen hinter Dubček!“, und auf Russisch „Okkupanten geht heim!“, schrieben Menschen etwa in Vejprty bei Bärenstein an eine Fabrik. Der DDR-Führung war dies ein Dorn im Auge, sie schickte die Stasi los. In der Nacht zum 31. Au-

gust 1968 starteten MFS-Mitarbeiter die Aktion „Saubereit“. Gegen 15 Uhr konnten sie Vollzug melden: 28 „Hetzlosungen“ auf der tschechischen Seite der Grenze waren beseitigt. An ein Gelände der tschechoslowakischen Armee in Brandov nahe Oberhau traut sich die Stasi jedoch nicht heran. Und im Raum Sebnitz mussten die Parolen-Jäger ihre illegale Aktion abbrechen, weil tschechische Grenzer einschritten. (oha)



„1939 Hitler – 68 Ulbricht“ stand auf diesem Dach in Dolní Poustevna bei Sebnitz. MFS-Mitarbeiter drangen illegal ins Nachbarland ein und entfernten die Parole. FOTO: ZENTRALARCHIV BSTU

Ein Treffen in Dresden und ein Quartier im Tharandter Wald

Erste Drohungen gegen die CSSR gab es schon wenige Wochen nach Beginn der dortigen Reformen – und diese Drohungen wurden in Sachsen ausgesprochen. Unter dem Vorwand, Wirtschaftsfragen klären zu wollen, betrieb der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew für den 23. März 1968 ein Treffen mit Delegationen aus der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Bulgarien und der DDR in Dresden ein – in der von Prag aus nächstgelegenen Großstadt. Auf der Konferenz im Rathaus kam es zu einer Abrechnung mit der neuen Führung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPC) unter Alexander Dubček. Von einer „schleichenden Konterrevolution“ in der CSSR war die Rede. Der polnische Parteichef Władysław Gomułka sagte, der größte Fehler der tschechoslowakischen Regierung sei es gewesen, die Zensur abzuschaffen. Und DDR-

Staatschef Walter Ulbricht warnte als Leiter der Sitzung: „Unser Todeffend, der Imperialismus, schläft nicht.“ Den Tschechen wurde unmissverständlich klargemacht, dass sie ihren Reformkurs beenden müssten. Andernfalls würden das die sozialistischen Bruderstaaten in die eigenen Hände nehmen.

Die sowjetische Delegation zog sich nach dem Treffen in Dresden in den Tharandter Wald zurück. Dort nahm sie ihr Nachtquartier im Neuen Jägerhaus, einem Gebäude hinter dem Schloss Grillenburg, das in den 1930er-Jahren als Gästehaus für den sächsischen Jägerhof errichtet wurde und das nach dem NS-Gauleiter Martin Mutschmann als „Mutschmann-Villa“ bekannt wurde. 1972 wurde dort auch Kubas Staatschef Fidel Castro einquartiert. Heute steht das Neue Jägerhaus leer – ebenso wie Schloss Grillenburg. (oha)

Aufbruch und Scheitern in Prag

Im Januar 1968 war sie in der Tschechoslowakei aufgekeimt, die Hoffnung, den Sozialismus von innen heraus zu reformieren. Doch schon im August war alles vorbei. Dazwischen lag die kurze Phase des Prager Frühlings. Wie sah das Experiment, das System menschlicher zu machen, konkret aus?

VON STEPHAN LORENZ

Die Menschen in der ČSSR bezeichneten die Monate der Reformen und des Aufbruchs 1968 nicht als Prager Frühling. Es ist ein Begriff, der sich erst in der Nachschau vor allem im Westen durchgesetzt hat. Die Befürworter des Wandels in Prag sprachen eher von einem Prozess der „Wiedergeburt“ (obrodný proces), was die Reformen mit der Geschichte der tschechischen und der slowakischen Nationalbewegungen im 19. Jahrhundert verband. Bis heute sind vor allem die Bilder von der Niederschlagung des Prager Frühlings durch Truppen des Warschauer Paktes im August 1968 im europäischen Gedächtnis geblieben: brennende Autos, wütende Demonstranten und fahnenstochernde Menschen auf Panzern.

Dem internationalen Publikum hat sich der Film des US-Regisseurs Philip Kaufman „Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins“ von 1988 eingeprägt – nach dem gleichnamigen Roman von Milan Kundera. Der Film verband Dokumentaraufnahmen mit den gespielten Szenen einer wundervollen Liebesgeschichte. Kundera, jahrelang Mitglied der Kommunistischen Partei, wurde schon 1967 zu einer Galionsfigur des Prager Frühlings. In seinem Roman drückte er die Enttäuschung über das Ende der Reformen so aus: „Eines aber war sofort klar: Das Land würde sich vor seinem Eroberer beugen müssen und für immer stottern und nach Luft ringen wie Alexander Dubček. Das Fest war vorbei. Es folgte der Alltag der Erniedrigung.“

Was aber wollten die Protagonisten der Reformen? Der Münchener Historiker Martin Schulze Wessel erzählt in seinem neuen Buch, wie der Prager Frühling aus einer langen Vorgeschichte heraus entstanden ist. Der Experte für osteuropäische Geschichte hat die Entwicklungen in der ČSSR direkt aus den tschechischen, slowakischen und russischen Quellen rekonstruiert.

Im Westen wurde Alexander Dubček, das Gesicht der „Wiedergeburt“, als letztlich gescheiterter Reformator gezeichnet, der nur den sowjetischen Panzern weichen musste. Eine Heldengeschichte. Die Wahrheit aber war etwas anders. Und die Geschichte begann auch nicht erst im Dezember 1967, als Alexander Dubček eher aus Verlegenheit zum neuen Chef der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPC) gewählt wurde, weil er der Kompromisskandidat für die beiden Flügel in der Parteiführung war – den konservativen Flügel, der am alten stalinistischen Kurs festhalten wollte, und den reformwilligen Kräften.

Vorausgegangen waren Studentenproteste in Prag, die den starken Mann der KPC, Generalsekretär Antonín Novotný, schließlich zum Rücktritt gezwungen hatten. Die Studenten hatten gegen die Zustände in ihren Wohnheimen protestiert. Der Slowake Dubček veränderte mit seiner versöhnlichen Art den politischen Stil. In seinen Reden aber war er oft weitschweifig, seine politische Strategie blieb zuweilen schwer erkennbar.

Den Prager Frühling trieben im Wesentlichen zwei Impulse voran: die „Zukunftsvorstellungen einer neuen Gesellschaft, die auf eine Hu-

manisierung des Sozialismus“ oder gar eine Annäherung an die westlichen Demokratien hinausliefen. Und die Auseinandersetzung mit den Justizverbrechen der Fünfzigerjahre, für die Teile der bis 1968 amtierenden Führung der KPC persönliche Verantwortung trug. Der Prozess gegen den damaligen KPC-Generalsekretär Rudolf Slánský war der bedeutendste und nachhaltigste. Kommissionen beschäftigten sich schon Mitte der 50er-Jahre mit den Schauprozessen gegen das angebliche Verschwörerzentrum um Slánský und Ex-Außenminister Vladimír Clementis und stellten systematische Ursachen fest: Der Staat der frühen 1950er-Jahre habe sich durch Rechtlosigkeit ausgezeichnet, hieß es. Die Prozesse hatten die tschechoslowakische Gesellschaft lange traumatisiert, doch in verschiedenen Ecken brach der geistige Beton auf. Schulze Wessel zeichnet spätestens für die Zeit ab 1963 ein breites Panorama unterschiedlichster Entwicklungen, in denen nicht nur die jüngste Geschichte aufgearbeitet wurde, sondern auch Vorarbeiten für Wirtschaftsreformen und ein neues Verhältnis zum Menschen in der sozialistischen Gesellschaft geschaffen wurden.

Im Jahr 1963 kam bei der vom Schriftsteller und Germanisten Eduard Goldstücker initiierten „Kafka-Konferenz“ in Liblice bei Mělník ein damals unerhörter Gedanke auf: den Begriff der Entfremdung auch auf die Verhältnisse in der Tschechoslowakei anzuwenden. Ein Akt gefährlicher Häresie, denn der Begriff war bislang ausschließlich für kapitalistische Verhältnisse vorgesehen.

Für die Ideen, die den Prager Frühling ausmachten, standen vor allem drei Namen: Zdeněk Mlynář, Radovan Richta und Ota Šik. Die nach dem früheren Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft in Prag benannte Mlynář-Kommission zur Reform des politischen Systems diskutierte ernsthaft über Pluralismus, Rechtsstaat und Mehrparteiendemokratie und sogar über den Abschied von der führenden Rolle der KPC.

Der Philosoph und Sozialwissenschaftler Radovan Richta entwarf ein auch im Westen beachtetes neues Zukunftskonzept für die sozialistische Gesellschaft („Zivilisation am Scheideweg“). Die 1965 von der Partei beauftragte Kommission unter Vorsitz von Richta entwickelte eine atemberaubende Vision von der bevorstehenden Epoche der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die hatte Sowjetführer Nikita Chruschtschow auf dem 22. Parteitag der KPD/SED gefeiert. Die wissenschaftsbasierte Innovation sollte den entscheidenden Schritt nach vorn bedeuten. Und dafür glaubte sich Moskau besser gerüstet als der Westen. Die Erfolge im Weltraum schienen der Sowjetunion recht zu geben.

Richta prognostizierte den Vorrang der Wissenschaft gegenüber der Industrialisierung, sah aber in der wissenschaftlich-technischen Revolution die Chance zur „Selbstgestaltung des Menschen“. Sie sei zugleich eine Kulturrevolution in einem neuen, viel tieferen und weiteren Sinne, weil sie sich nicht auf diese oder jene Veränderungen in der Kultur beschränkt, sondern „die Situation der Kultur im Leben und in der Gesellschaft überhaupt umstürzt“. Richtas Report wirkte wie ein Facelifting des erstarrten Marxismus-Leninismus. Von ihm stammte die Formel vom „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Auf einmal wurde aus dem doktrinären Ist-Zustand, in dem man leben musste, wieder eine Gesellschaft, die Visionen für eine lang ausgreifende Zukunft entwarf. Endlich wurde ein Weg für eine positive Entwicklung aufgezeigt, wie es ja eigentlich der sozialistischen Selbstbeschreibung entsprach.

Ota Šik, eigentlich ein Zögling vom später abgesetzten KPC-Führer Novotný, wollte 1964/65 die lähmende und moralisch diskreditierte Planwirtschaft liberalisieren und Marktmechanismen einführen. Der



Das Denkmal für Alexander Dubček befindet sich auf dem Platz vor dem slowakischen Parlament in Bratislava, südwestlich der Burg.

FOTO: ULLSTEIN-BILD

Begriff Markt war damals aber ein Tabu, also sprach er von Ware-Geld-Beziehungen.

1966 wurde eine Staatliche Kommission zur Vorbereitung einer föderativen staatsrechtlichen Lösung unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden der Regierung, Gustav Husák, gebildet. Die Spannungen zwischen Tschechien und der Slowakei, die zwar wirtschaftlich vorankam, aber von Prag aus allzu bürokratisch regiert wurde, waren nicht mehr zu übersehen.

All diese Ideen mündeten im April 1968 in das berühmte gewordene Aktionsprogramm der KPC. Damit schuf die Partei erstmals eine richtungsweisende Grundlage für die Reform. Die sozialistische Gesellschaft blieb als „Deutungsrahmen“ zunächst im Kern erhalten, aber das marxistische Konzept des historischen Fortschritts und mit ihm die Führungsrolle der Partei wurden Schritt für Schritt infrage gestellt. „Markt“, „Interesse“, „wissenschaftlich-technische Revolution“ waren jetzt heftig umkämpfte Vokabeln.

Zuvor, am 4. März, hatte laut Schulze Wessel der eigentliche Prager Frühling begonnen: Das war der Tag, an dem die Zensur im Land abgeschafft wurde. Es dauerte nicht lange, bis die Medien ihre neue Rolle gefunden hatten, es entwickelte sich eine vielfältige Öffentlichkeit mit Massendemonstrationen in Prag, Bratislava und Brünn. Schulze Wessel: „Es schien ein neuer Kon-

sens über die Vergangenheit und Zukunft der Tschechoslowakei hergestellt, der die Einheit von Bevölkerung und Partei stiften sollte. Das war das eigentliche Ziel der Reform mit Dubček an der Spitze. Es entwickelte sich eine Zivilgesellschaft, die sich aber auch daran macht, die Zwänge zu sprengen, die die Partei gesetzt hatte.“ Damit begann aber auch das Dilemma der Partei, die die Entwicklung unter Kontrolle behalten wollte.

Sehr anschaulich zeigt Schulze Wessel, wie die tschechoslowakische KP ab einem bestimmten Punkt geradezu in die Rolle einer Reformpartei gedrängt wurde. Wichtige Funktionäre, die jahrelang im Gefängnis gesessen hatten, kehrten in Parteiämter zurück. Und auf einmal waren sie gefragt, weil die ČSSR seit 1962 in der Wirtschaftskrise steckte. Und spätestens mit der Aufhebung der Zensur hatte die Partei ein Problem, denn ihre ersten Reformschritte entfalteten sehr schnell eine Eigendynamik, die die KPC nicht mehr kontrollieren konnte. Statt die Reformen in aller Ruhe gestalten zu können, wurde man auf einmal zum Getriebenen.

Den Endpunkt bildete das „Manifest der 2000 Worte“ im Juni 1968, verfasst vom Chefredakteur der Literaturzeitschrift „Literární noviny“, Ludvík Vaculík. Selbst den Reformern in der KPC galt er – zumindest offiziell – als unverantwortlich. Unter der Bevölkerung stieß das

von 70 Wissenschaftlern, Arbeitern und Künstlern unterzeichnete Manifest dagegen auf viel Zustimmung. Es stellte den Machtanspruch der KPC nun offen infrage.

Spätestens jetzt wurde die sowjetische Führung aktiv, nachdem sie die Prager Führung unter Dubček in den Wochen zuvor mehrfach in vertraulichen Gesprächen gewarnt hatte. Von Anfang an war der KPC-Spitze klar, dass Moskau die Entwicklungen in Prag mit Argusaugen beobachtete. Bei Treffen der Ostblock-Spitzen wurde Dubček und seinen Genossen bewusst gemacht, dass sie eigentlich keine Spielräume hatten für Reformen. Genauso misstrauisch wie Moskau waren die polnische und die DDR-Regierung. Die SED hatte schnell die Wirkung der Ereignisse im Nachbarland auf ihre Bürger erkannt. Im Zentralkomitee der SED wurde eine „Arbeitsgruppe KPC“ gegründet. Die ČSSR bot sich 1968 auch als Treffpunkt zwischen Ost- und Westdeutschen an. 1968 fuhr 244.000 DDR-Bürger als Urlauber zum Nachbarn. Die Antwort der SED? Die Werbung für ČSSR-Reisen wurde eingestellt.

Nun aber sprach Sowjetführer Leonid Breschnew von einer Konterrevolution in Prag. In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 begann die „Operation Donau“ mit Truppen des Ostblocks. Die DDR allerdings verzichtete in letzter Minute auf Druck Moskaus darauf, an der Grenze bereitstehende Divisionen ins Nachbarland zu schicken. Die Sowjets duldeten den beim Volk beliebten Dubček danach noch eine Weile, bevor Gustav Husák als KPC-Chef installiert wurde.

Fast alle Reformen des Frühjahrs wurden wieder kassiert. Als einziger Punkt setzte man die Föderalisierung der ČSSR um. Die wurde am 28. Oktober 1968, dem 50. Jahrestag der tschechoslowakischen Unabhängigkeit, ausgerufen. Aber der weltweit erste Versuch, eine sozialistische Gesellschaftsordnung nicht nur mit marktwirtschaftlichen Elementen, sondern auch mit Demokratie und Gewaltenteilung zu verbinden, war gescheitert. Niemand weiß, wohin Dubček das Land geführt hätte – oder ob er auch ohne Einmarsch ein Getriebener einer Entwicklung gewesen wäre, die das Land letztlich doch aus dem Ostblock katapuliert hätte. Diese Widersprüche wurden schon 1968 deutlich, schreibt Schulze Wessel. „Die Bevölkerung der ČSSR scheint jedoch davon ausgegangen zu sein, dass eine Veränderung der Gesellschaft hin zu einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz durchaus machbar war – auch innerhalb der engen Parameter, die Moskau setzte.“

Der tschechische Schriftsteller Pavel Kohout, damals KPC-Mitglied und ein Wortführer des Prager Frühlings, schrieb später über das Ziel der Reformen: „Wir wollten das sowjetische System bewohnbar machen. Und nachdem vorher schon alle Aufstände in Polen, Ungarn, Ost-Berlin in Blutbädern endeten, kamen die tschechischen Kommunisten auf die Idee, die Partei von innen zu öffnen.“

Das Wissen um die Möglichkeit von Veränderungen blieb – wenige Jahre später wurde es mit der „Charta 77“ in Text gefasst. Die Akteure des Prager Frühlings hatten laut Schulze Wessel ein zukunftsweisendes Projekt für die Gesellschaft entworfen: „Der Prager Frühling stellt doch mehr als eine Episode in der Tschechoslowakei dar. Es ist eine Epoche für sich, eine ungeheuer verdichtete Zeit, in der mehr durchdacht, diskutiert, geplant und begonnen wurde, als in den Dekaden zuvor und danach.“

BUCHTIPP Martin Schulze Wessel: „Der Prager Frühling. Aufbruch in eine neue Welt.“ Verlag Reclam. 28 Euro. ISBN: 9783150111598.



Pavel Kohout
Schriftsteller



FOTO: DPA

„Wir wollten das sowjetische System bewohnbar machen.“

Der Augenzeuge vom Wenzelsplatz

Claus Märten kaufte für die DDR jahrelang Agrarflugzeuge in der Tschechoslowakei. Eine Dienstreise im August 1968 endet für den Ingenieur mit Kriegsszenen. In Prag erlebt er Weltgeschichte – und die Entfremdung von Freunden.

VON OLIVER HACH

Seine Liebe zu diesem Land begann mit der gelben Hummel. Sie steht jetzt vor ihm auf dem Gartentisch, das Plastikmodell einer Let Z-37. Čmelák, auf deutsch Hummel, heißt der Agrarflieger, der in der Tschechoslowakei gefertigt wurde. Claus Märten hat im Auftrag der Fluggesellschaft Interflug in den Sechzigerjahren fast 300 Stück der Z-37 für die DDR-Landwirtschaft eingekauft. Im gesamten Ostblock wurden die Maschinen eingesetzt. „Es war das beste Flugzeug, das es damals gab“, sagt er.

Claus Märten sitzt auf der Terrasse seines Eigenheims in Thum, in einer grünen Oase im Erzgebirge. Aber in Gedanken ist er in Prag. Wo er als junger Luftfahrttechniker Verkaufsverhandlungen mit der tschechoslowakischen Außenhandelsgesellschaft führte. Wo die Abende auf den Dienstreisen oft in der Lucerna-Bar am Wenzelsplatz endeten. Und wo nach einer einzigen Nacht plötzlich alles anders war. „Ich kenne Prag besser als Berlin oder Dresden“, sagt der 83-Jährige. „Es war die schönste Zeit meines Lebens.“

Auf einem Balkon am Wenzelsplatz wurde Claus Märten vor 50 Jahren Augenzeuge der Weltgeschichte. Die Bilder jener Tage, als die Freiheit unter den Ketten sowjetischer Panzer starb, hat er bis heute genau im Kopf, minutiös kann er die Ereignisse rekonstruieren.

Es ist Dienstagmorgen, am 20. August 1968, als Claus Märten mit dem Flugzeug von Berlin-Schönefeld nach Prag aufbricht. Neben ihm in der Kabine eine attraktive junge Amerikanerin aus Houston. Die Germanistin hat den Flug heimlich gebucht, entgegen der Warnung ihrer Eltern, in den Ostblock zu reisen. Märten, der 33-jährige Ingenieur aus der DDR, sagt der attraktiven Dame: „Bei uns im Osten können Sie sich ganz beruhigt aufhalten.“

Sie verabreden sich für den Abend, wenn seine Gespräche mit der Handelsgesellschaft Omnipol vorüber sind. Bei schönstem Sommerwetter spazieren sie durch Prag. Er zeigt ihr reizvolle Ecken abseits der Haupttouristenrouten, am späten Abend bringt er sie in ihre Unterkunft im Gästehaus der amerikanischen Botschaft auf der Kleinseite am anderen Ufer der Moldau. Gegen Mitternacht geht Claus Märten zu Bett – in einer Privatunterkunft am unteren Ende des Wenzelsplatzes.

Am 21. August wird er gegen halb vier Uhr morgens geweckt. Sein Kollege ist aus der Nacht zurück. Die Straßenbeleuchtung ist ausgeschaltet, Funkwagen fahren den Wenzelsplatz hoch und runter. Um vier, halb fünf dann ein Dröhnen in der Luft, eine Kette von Flugzeugen überfliegt die Innenstadt. Den Flughafen haben die Sowjets schon in der Nacht besetzt. „Kurz vor sieben“, so erinnert sich Märten, „kam unsere Wirtin heulend ins Zimmer. Sie rief ‚Okupace, okupace!‘“

Märten und seine Kollegen gehen zur Staatsbank, tauschen ihre gesamten Reiseschecks ein, um genügend Bargeld zu haben. Beim Frühstück im Hotel „Europa“ gegenüber ihrer Unterkunft sehen sie, wie Kellner die Flaggen der sozialistischen „Bruderländer“ herunterreißen. Und bei Omnipol werden sie schon vom Pfortner abgewiesen: „Die Verhandlungen sind gestoppt“, heißt es knapp. Einen der tschechischen Geschäftspartner, mit dem er



Ikones Bild, 1968 fotografiert von Josef Koudelka: Ein Tscheche schreit in Prag vor Sowjetsoldaten auf einem Panzer seine Wut über das Ende der Freiheit heraus. FOTO: JOSEF KOUDELKA/MAGNUM PHOTOS

lange ein freundschaftliches Verhältnis hatte, erlebt Claus Märten plötzlich wie verwandelt: reserviert und abweisend. Den Interflug-Leuten bleibt nichts anderes übrig, als ihr Quartier zurückzukehren. Vom Balkon des Jugendstilgebäudes aus verfolgen sie die dramatischsten Stunden im Herzen von Prag.

Gegen zehn Uhr morgens fahren die ersten Schützenpanzerwagen den Wenzelsplatz hinunter. „Wir konnten von oben in die Fahrzeuge reinschauen: Der ganze Boden war bedeckt mit Munition, wie ein Messing-Teppich, daneben hockten auf jeder Seite drei junge Soldaten und einer am schweren Maschinengewehr“, erinnert sich Märten.

Dann rollen die Panzer. „Am Nationalmuseum ging eine Schießerei los. Die Russen haben die Fassade regelrecht zersiebt.“ Staubwolken hüllen den Platz ein, rot glühende Querschläger fliegen durch die Luft. Mit Maschinenpistolen schießen Sowjetsoldaten in die Scheiben eines Bankgebäudes. „Da kam die ganze Glasfassade runter.“

Eine Viertelstunde lang ist Ruhe, dann wieder Panzer. Die Ketten haben das Pflaster aufgerissen, der Wenzelsplatz ist ein Acker geworden. Menschengruppen an den Straßenrändern, junge Panzerfahrer, die sonst nur im Gelände unterwegs waren, schneiden die Kurven, in panischer Angst springen die Leute zurück. „Eine Frau hat ihren Kinderwagen in letzter Minute vor den Panzerketten weggerissen.“ Einer der Panzer brennt lichterloh. Am Heck hatten Bauarbeiter die großen Dieselfässer mit Spitzhacken leck geschlagen und angezündet. Märten erzählt: „Über den gesamten Wenzelsplatz zog der Panzer eine brennende Dieselfahne hinter sich her.“

Wut und Verzweiflung machen sich breit unter der Bevölkerung in Prag. Ein Koch aus dem Hotel „Europa“, ein dicker Tscheche mit Mütze, weißem Hemd, kariertes Hemd stellt sich auf die Straße und brüllt. Die Panzer kommen direkt auf ihn zugerollt. „Ich habe mir schon die Augen zugehalten“, sagt Märten. Im letzten Moment legt der Panzer eine Vollbremsung hin – das Geschützrohr schlägt beinahe auf dem Boden auf. „Der Mann stand einen Meter vor dem Panzer und hat den ganzen Pulk gestoppt. Das war Wahnsinn.“

Ein Koch aus dem Hotel „Europa“ stellt sich auf die Straße und brüllt. Die Panzer kommen direkt auf ihn zugerollt.



Erinnerungen an Prag 1968: Claus Märten aus Thum mit einem Flugblatt und einer Sonderausgabe der Illustrierten Kvety. FOTO: UWE MANN

Mindestens 22 Menschen sterben allein an diesem Tag in Prag. Das tschechische Institut für das Studium totalitärer Regime listet die Opfer auf: ein Mann, der aus einem brennenden Haus springt, ein Kunde und die Inhaberin eines Kiosks, den ein Panzer überfährt, ein Eisenbahner auf dem Weg zur Arbeit, auf den ein Sowjetsoldat am Karlsplatz unvermittelt das Feuer eröffnet ...

Die Regierung ruft ihre Bürger zum passiven Widerstand auf. Zeitschriften drucken Sonderausgaben, Flugblätter werden verteilt, in denen die ausländischen Soldaten zum Abzug aufgefordert werden. Noch gibt es Pressefreiheit, doch bald wird es damit vorbei sein. Claus Märten hat diese Dokumente all die

Jahre aufbewahrt. „Die Tschechen haben sich vorbildlich verhalten“, sagt er. Niemand habe sich zu Gewalttaten hinreißen lassen. „Da wären 1000 Möglichkeiten gewesen, ein richtiges Inferno anzufangen.“ Die Sowjets, glaubt er, hätten dann erbarmungslos zurückgeschlagen.

Der Aufenthalt der Interflug-Leute in Prag dauert noch weitere vier Tage. Märten und seine Kollegen heften sich die blau-weiß-roten Anstecker der Protestbewegung ans Revers. Doch die Stimmung wird immer aggressiver. Deutsch sprechen sie in der Öffentlichkeit nicht mehr, in Restaurants verweigert man ihnen die Bedienung. Märten will seine Amerikanerin noch einmal wiedersehen, doch alle Moldau-Brücken sind gesperrt. „Der 21. August 1968“, so resümiert er, „war für mich das Ende der unbeschwerten Aufenthalte in der Tschechoslowakei.“

Ein Zug bringt die Dienstreisenden zusammen mit vielen gestrandeten Urlaubern aus der DDR schließlich nach Ústí nad Labem. Von dort geht es im offenen Lkw auf der Ladefläche bis drei Kilometer vor die Grenze. Auf einer Wiese an der Elbe werden sie ausgeladen, bis nach Schmilka müssen sie laufen – mit dem Koffer in der Hand. Man lässt sie die Verachtung spüren. Es sei viel kaputt gegangen damals im Verhältnis zwischen Ostdeutschen und Tschechen, sagt Märten. „Die Tschechen haben uns nie verziehen, dass wir den Russen so bedingungslos hinterhergelaufen sind. Diese Freundschaft, diese familiäre Atmosphäre ist nie wieder so geworden.“

Die Interflug schickt ihn später noch ein paar Mal in die ČSSR. Doch dann kommt auch das Aus für die gelbe Hummel: Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) beschließt, dass die Polen künftig die Agrarflugzeuge für den Ostblock bauen, obwohl die, so Märten, „eine miserable Qualität abliefern“.

Nach der Wende ist Claus Märten ein paar Mal zurückgekehrt nach Prag. Er hat dort die Stätten seiner Jugend besucht, wie er sagt. Und er hat auch den Balkon am Wenzelsplatz wiedergefunden – direkt neben dem Bata-Schuhkaufhaus. Im Jubiläumsjahr packt den 83-Jährigen wieder das Fernweh: „Ich kämpfe mit mir und meinem Alter, da noch mal hinzufahren.“

Eine Rückkehr in Bildern

Der Fotograf Josef Koudelka

wurde mit Aufnahmen vom Einmarsch der sowjetischen Truppen in Prag weltberühmt. Zu seinen ikonischen Bildern – eines ist auf dieser Seite zu sehen – gehört auch das Motiv einer Armbanduhr, die die mittägliche Uhrzeit anzeigt, doch auf dem Wenzelsplatz im Hintergrund herrscht gespenstische Leere. Als 30-Jähriger stürzte er sich damals mit seinem Weitwinkelobjektiv mutig ins Geschehen. Das Kunstgewerbemuseum in Prag, das 2017 nach dreijähriger Renovierung wiedereröffnet wurde, widmet Koudelka nun eine Retrospektive. Für Koudelka ist es eine „Rückkehr“, so auch der Name der Ausstellung, denn im Jahr 1970 ging er ins Exil in den Westen. Er wurde Mitglied der berühmten Agentur Magnum, wanderte um die Welt und blieb nirgends länger als drei Monate. Das Museum zeigt neben Motiven aus Prag vom August 1968 auch die fotografischen Anfänge des gelernten Flugzeugmechanikers sowie Aufnahmen vom Leben der Roma-Minderheit in Mittelosteuropa. (dpa)



FOTO: ANDREA MERLADIA

DIE AUSSTELLUNG „Koudelka: Návraty“

ist bis 23. September im Kunstgewerbemuseum Prag, Ulice 17. listopadu 2 zu sehen. Täglich außer montags, 10 bis 18 Uhr, dienstags bis 20 Uhr. Eintritt: 220 Kronen (8,80 Euro).

Zeit hinauszugehen

1968 garte es in Europa – auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs. Die Tschechoslowakei war für DDR-Bürger der neue Westen. Und im Westen sympathisierte man mit dem Sozialismus. Gedanken zu einer irren Zeit der Freiheit.

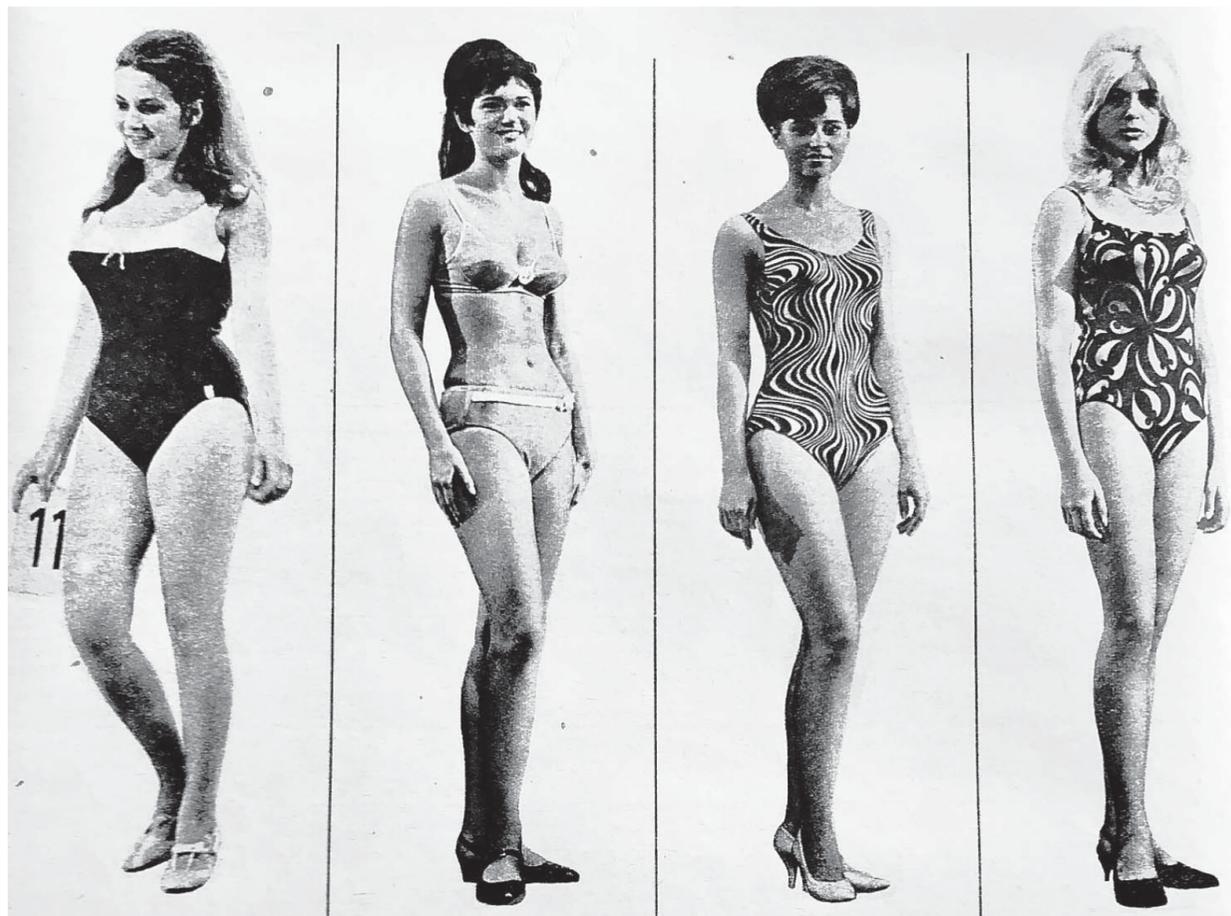
VON MATTHIAS ZWARG

Es war ein verrückter Sommer in jenem Jahr 1968. Ein Sommer, in dem Eltern ihre Kinder im Erzgebirge und Vogtland warnten, in den Wald zu gehen, denn es gab dort „Panzer statt Pilze“, wie der Reichenbacher Schriftsteller Utz Rachowski sich erinnert. Ein Sommer voller Hoffnungen und Enttäuschungen – in Ost und West, ein Sommer, in dem sich ein neues Lebensgefühl Ausdruck verschaffte – im Westen mehr als im Osten. Und dennoch gab es Parallelen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs.

Sozialismus, Marxismus – das waren keine Schimpfwörter mehr. Die Welt und der Mensch als Ganzes rückten weltweit in den Blickpunkt und nahmen eine ganz neue Dimension an. Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Südamerika, Forderungen nach einer Demokratisierung der kapitalistischen Wirtschaft, Gemeinwohl vor Eigennutz, es entstanden Kinderläden und Kommunen.

Privateigentum war verpönt – selbst das am eigenen Körper. Die Sexualität befreite sich aus den Zwängen der bürgerlichen Ehe. Kunst und Kultur waren oft Vorreiter, Boten einer besseren Zukunft. Wenn schon nicht alles, so schien doch vieles möglich. Es ist Zeit, schrieb Gaston Salvatore, Weggefährte Rudi Dutschkes, in einem Gedicht, „dass du hinausgehst / dorthin / wo dich dein Schuss erwartet“.

Leben war wild und gefährlich, fantasievoll und überraschend. Weltweit. 1959 war die erste sowjetische Untergrundzeitschrift erschienen. 1960 beginnt Niki de Saint Phalle mit ihren Shooting-Performances, 1962 organisiert Simon Vinkenoog das erste Happening in Amsterdam. 1963 erscheint Christa Wolfs „Der geteilte Himmel“, Joseph Beuys beginnt, den Kunstbetrieb aufzumischen. Ein Kafka-Kongress 1963 im tschechischen Schloss Liblice, an dem auch Anna Seghers teilnimmt, kündigt den Prager Frühling an. Ebenso der Schriftstellerkongress der ČSSR 1967, auf dem Milan Kundera, Pavel Kohout und andere die Aufhebung der Zensur fordern, zu der es wenige Monate später kommen wird. In die Theater



Auch das war Pressefreiheit in der Tschechoslowakei: In der Zeitschrift „Mladý Svět“ erzählten junge Models im Sommer 1968, wie sie ihre Figur in Form halten, was sie an Männern beeindruckt und in welche Länder sie am liebsten reisen würden: Frankreich, Japan, USA, Schweden, Libanon ... REPRO: OLIVER HACH

Mittel- und Osteuropas hält das absurde Einzug – mit Stücken von Daniil Charms, Václav Havel und Slawomir Mrozek. A. R. Penck malt Strichmännchen gegen den sozialistischen Realismus. Wolf Vostell betont die Statussymbole Auto und Fernseher ein. Weltweit wird gegen den Vietnamkrieg demonstriert. Am 4. April 1968 wird Martin Luther King in Memphis, USA, ermordet. Und am 27. Juni 1968 erscheint in der tschechischen Literaturzeitschrift „Literární listy“ das „Manifest der 2000 Worte“, ein Aufruf zur Demokratisierung in der ČSSR.

In jenem Sommer 1968 garte es überall, auch in der DDR, wie sich der 1937 geborene Kunsthistoriker und Museumspädagoge Paul Thiel erinnert. Die dramatischen Veränderungen im Nachbarland Tschechoslowakei sprachen sich herum. Alexander Dubčeks „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ faszinierte Tausende, auch den damaligen Magdeburger Hermann Bubke. Meinungs-, Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit, das schien unumkehrbar zu sein und gewann zunehmend an Eigendynamik. „In den südlichen und mittleren Bezirken der DDR“, so erinnert sich Bubke später, „konnte man die

se Entwicklungen in den deutschsprachigen Sendungen von Radio Prag laufend verfolgen. Und so wurde Radio Prag ab April 1968 mein bevorzugter Nachrichtensender. Die Sendungen waren meist aktueller, informativer und auch aufregender als entsprechende Informationen aus den Westmedien. Spätestens ab Anfang Juni 1968 stand daher fest, dass das Reiseziel im bevorstehenden Sommerurlaub nur die Tschechoslowakei sein konnte.“

Wie den jungen Maschinenbauingenieur faszinierte viele Bürger der DDR, dass man bei den Nachbarn nun aktuelle westliche Musik und Filme, etwa der französischen Nouvelle Vague, hören und sehen konnte. Auch tschechoslowakische Bands orientierten sich mehr an westlichen Vorbildern, zumal ČSSR-Bürger in jener Zeit auch relativ problemlos ins „kapitalistische Ausland“ reisen durften. Von dieser Inspiration zeugen der Sampler „Beat-Line“ aus dem Jahr 1968 oder auch die Band Plastic People Of The Universe, die sich in dem Jahr gründete, ihren Namen einem Frank-Zappa-Song entlehnte und psychedelischen Rock spielte.

Deshalb wählten in jenem Sommer viele, vor allem junge Leute, die

Die Versuche, im Osten den Sozialismus zu demokratisieren und im Westen den Kapitalismus abzuschaffen, blieben einander merkwürdig fremd.

Tschechoslowakei als Urlaubsreiseziel. Der damals 26-jährige Hermann Bubke, dessen Erinnerungen im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland dokumentiert sind, wird im Urlaub vom Einmarsch der „Bruderarmeen“ überrascht. Nach der Rückkehr in die DDR soll er gegenüber einem SED-Genossen die Invasion begrüßen, bleibt aber konsequent: „Zu seinem Erstaunen konnte ich nur unterstreichen, dass in der ČSSR eine friedliche Entwicklung in Gang gesetzt und durch die Intervention abrupt zunichte gemacht wurde, so dass eine Distanzierung vom ‚Prager Frühling‘ für meine Person weder jetzt noch zukünftig in Frage käme.“ Und so wirkte der niedergeschlagene Aufstand weiter.

Rudolf Bahro begann die Arbeit an seinem später berühmten Buch „Die Alternative“. Im Gefolge der Hippie-Bewegung und einer Politisierung nicht nur der Pop-Kultur entstanden auch in der DDR Bands wie die Klaus-Renft-Combo, die später für Furore sorgen würden.

Die Versuche, im Osten den Sozialismus zu demokratisieren und im Westen den Kapitalismus abzuschaffen, blieben einander jedoch merkwürdig fremd: Für westdeut-

sche (Mainstream-) Journalisten waren die Demonstranten im eigenen Land verantwortungslose Revoluzzer, die im Osten Freiheitshelden. Lutz Dammbeck, Filmemacher aus Leipzig, attestiert den 68ern: „Unterm Strich bleibt: Westdeutschland wurde mit Hilfe von ‚68‘ modernisiert und für einen globalen Wettbewerb fit gemacht, der das Alltagsleben monetarisierte.“ Aber auch die westliche Linke hatte ihre Probleme mit den Osteuropäern. So fand etwa Hans Magnus Enzensberger 1968 Dokumente des studentischen Protestes in der ČSSR in ihrer „politischen Substanz dürftig“. Das Verlangen nach realer sozialistischer Demokratie werde angedeutet, bleibe aber abstrakt. „Sein Kern ist der Wunsch nach der Herstellung gewisser bürgerlicher Freiheiten, insbesondere nach der Vergrößerung des kulturpolitischen Spielraums.“ Sinnbild der halbherzigen Demokratisierungsversuche war für Enzensberger etwa eine Demonstration in Prag gegen den Vietnamkrieg der USA, bei der nordvietnamesische Studenten Fahne und Wappen der US-Botschaft abrisen. Tschechische Studenten „griffen ein, brachten die Fahne in Sicherheit und entschuldigten sich beim amerikanischen Botschafter“.

Zugleich flogen in dem langen Sommer der Anarchie auch schon die Samen eines neuen Konservatismus, lesenswert dokumentiert in einem aktuellen Buch von Thomas Wagner: „Die Angstmacher: 1968 und die Neuen Rechten“. Den 68ern bescheinigt er: „Im Hinblick auf den Kapitalismus, den sie ja überwinden wollten, erreichten sie das genaue Gegenteil. Sie trugen zu seiner Modernisierung bei.“ Eine Modernisierung und Liberalisierung, die Konservativen bis heute zu weit geht. So zitiert Wagner auch den aus Chemnitz stammenden konservativen Soziologen Helmut Schelsky, der den kritischen Intellektuellen damals vorwarf, „als Meinungsbildner in den Medien eine neue Priesterherrschaft auszuüben“, andere sprachen von der „roten Spielart des Faschismus“ und wollten die „Reste der bestehenden Ordnung mit allen Mitteln verteidigen“.

Doch 1968 schien die Geschichte einen Sinn zu bekommen. Gedanken wie die von Herbert Marcuse zu einer künftigen Gesellschaft, in der die „Anlagen des Menschen im Einklang mit dem Bewusstsein der Freiheit die Befriedigung von Mensch und Natur anstreben“, in der Leichtfüßigkeit und Spiel, „das Vertrauen in die Rationalität der Phantasie“ herrschen, waren in der Welt, und sie sind nicht so leicht wieder zu vertreiben. „Freiheit – das ist, vor nichts und niemandem Angst haben“, sang Konstantin Wecker – dieser Traum lebt weiter. Er hat seine Wurzeln auch in jenem Sommer 1968. Und es ist immer noch Zeit hinauszugehen ...



Veronika Bahr aus Chemnitz verarbeitet ihr Schicksal künstlerisch.

FOTO: UWE MANN

Kunst für die Seele

Als junges Mädchen wollte Veronika Bahr in den Westen. Die Flucht über die Tschechoslowakei scheiterte im August 1968. Unter den Folgen leidet sie bis heute, doch sie fand einen Weg, das zu verarbeiten.

VON OLIVER HACH

Die Gestalt, die sie aus dem Stein schälte, verbirgt ihr Gesicht mit den Armen. Angst vor der Welt und Schuldgefühle, das soll die Figur symbolisieren, die Veronika Bahr in ihrem Schrebergarten aufgestellt hat. Vor gut 20 Jahren begann die Chemnitzerin mit dem künstlerischen Ge-

stalten; inzwischen füllen Plastiken, Radierungen und Aquarelle eine ganze Ausstellung. Im Frühjahr war sie in der Bonhoeffer-Kirchgemeinde in Chemnitz-Markersdorf zu sehen. Die Werke tragen Namen wie „Hinter Schloss und Riegel“ und „Gefangen“. Oder „Mütterliche Last auf den Schultern des Kindes“: eine übermächtige Gestalt aus Speckstein, die sich hinunter beugt und ihre Arme auf die der Tochter legt. Doch es ist keine Umarmung, sondern Unterdrückung.

Veronika Bahr, 67 Jahre alt, wurde der Künstlerin, um das eigene Schicksal zu verarbeiten. Ihr Trauma ereignete sich im Sommer vor 50 Jahren – als in der Tschechoslowakei Weltgeschichte geschrieben wurde. Die damals 17-jährige plante die Flucht aus ihrer zerrütteten Familie. Die Eltern hatten sich getrennt, sie lebte bei der Mutter, von der sie sich tyrannisiert fühlte. „Des-

halb wollte ich in den Westen“, erzählt sie. Zu den Geschwistern.

Am 23. August 1968 fährt Veronika Bahr mit dem Omnibus von Karl-Marx-Stadt nach Cranzahl. Bis zum Einbruch der Dunkelheit streift sie durch den Wald in Richtung Bärenstein. Der Grenzort zur Tschechoslowakei liegt seit dem Einmarsch des Warschauer Pakts in einer von der DDR eingerichteten Sperrzone – Zutritt nur mit Sondergenehmigung. Als die junge Frau dort am späten Abend ankommt, sieht sie Panzer und Uniformierte – und bekommt es mit der Angst zu tun. Sie verwirft den Plan, über die ČSSR nach Westdeutschland zu flüchten, will umkehren, doch auf der Suche nach einer Bushaltestelle wird sie von einer NVA-Streife in Bärenstein angehalten und verhaftet.

Die Minderjährige landet im Stasi-Gefängnis auf dem Kaßberg in Karl-Marx-Stadt. Rund sieben Wo-

chen lang ist sie dort eingesperrt, bis der Haftbefehl aufgehoben wird – „aufgrund des jugendlichen Alters“, der „spontanen Reaktion“ sowie der Annahme, „dass die Beschuldigte sich künftig gesellschaftsgemäß verhalten wird“. Verurteilt wird sie trotzdem: Zehn Monate Haft auf Bewährung wegen „ungesetzlichen Grenzübertritts“, so beschließt es das Kreisgericht Karl-Marx-Stadt.

Nach der Wende, berichtet Veronika Bahr, habe sie all das verdrängt. Doch als die eigenen drei Kinder aus dem Haus waren und die Geschichte allein war, kam die Vergangenheit wieder hoch. Wenn sie auf dem Kaßberg unterwegs war, sah sie sich wieder in der Zelle im Stasi-Gefängnis. Und auch die Erinnerung kam zurück an die Zeit nach der Verurteilung als Republik-Flüchtige. Als in der Berufsschule keiner mehr mit ihr sprach und sie mit schwerer Depression in einer Nervenklinik lan-

dete. „Verfolgungsangst wurde als Halluzination gedeutet“, erzählt sie. „Man ließ mich nicht trauern um die verlorene Freiheit, sondern stopfte mich mit Psychopharmaka voll und gab mir Elektroschocks.“

Seit 20 Jahren ist Veronika Bahr Rentnerin. EU-Rentnerin, wegen Erwerbsunfähigkeit. In einem psychiatrischen Gutachten der Uniklinik Dresden von damals heißt es, die Haftzeit der Patientin habe „ihr Innerstes zugrunde gerichtet“.

Die Schwester, zu der Veronika Bahr vor 50 Jahren flüchten wollte, lebt heute in Australien. „Ich will sie mal besuchen. Aber zuerst muss ich richtig gesund werden“, sagt sie. Das künstlerische Gestalten helfe dabei, auch die jüngste Psychotherapie. Eines ihrer Bilder zeigt eine alte Frau, die lustvoll einen Bausch Zuckerwatte in der Hand hält. „Das ist mein Wunsch“, sagt Veronika Bahr, „im Alter noch so drauf zu sein.“